

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 3.00 RM, monatlich 1.00 RM.  
 wöchentlich 30 Pf. frei und Haus,  
 vorauszahlbar. Einzelne Wochen-  
 nummern 6 Pf. Sonntagsnummern  
 mit illustrierter Beilage „Die Neue  
 Welt“ 10 Pf. Fortsetzung: Monatlich  
 1.00 RM. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.60 RM. für das übrige Ausland 4 RM.  
 monatlich. Postbestellungen nehmen  
 an Lohndienst, Holland, Luxemburg,  
 Schweden u. die Schweiz, Eingetragene  
 in die Post-Zustellungs-Vereinstelle.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 beträgt: die nebengehaltene Kolon-  
 nelle 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,  
 das festgedruckte Wort 2 Pf. (zu-  
 lässig 2 festgedruckte Worte), jedes  
 weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen  
 und Schließelanzeigen das erste  
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.  
 Worte über 16 Buchstaben zahlen für  
 zwei Worte. Anzeigen für 20%,  
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,  
 politische u. gesellschaftliche Anzei-  
 gen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,  
 Berlin S. O. 68, Lindenstraße 3, ab-  
 gegeben werden. Schließt von 8 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 10. November 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Woriusplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Woriusplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Das neue Russland und der Frieden.

## Deutschland und Rußland.

Der 8. November hat Deutschland die erste parlamentari-  
 sche, und Rußland die erste proletarische Regierung gebracht.  
 Die neue deutsche Regierung ist nicht denkbar ohne die deutsche  
 sozialdemokratische Taktik, sowie die neue russische den bolsche-  
 wistischen Methoden ihre Entstehung verdankt. Hier ein  
 schrittweises Vordringen, dort der fühne Launehsprung in  
 die Stühle der Macht. Sollte dieser Unterschied nur auf  
 Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialisten, sollte er nicht  
 vielleicht doch auf entwicklungsgehistorische Notwendig-  
 keiten zurückzuführen sein?

Die bolschewistische Theorie verkennet die Gesetze der Ent-  
 wicklung, wenn sie auf alle Länder idiosyncratisch die gleichen  
 Methoden anzuwenden versucht. Die soziale Umwäl-  
 zung ist überall im Fortschreiten, aber nicht überall vollzieht  
 sie sich nach russischen Rhythmen. In einem Lande wie  
 Deutschland, das durch und durch industrialisiert ist und dessen  
 Bevölkerung infolgedessen höhere politische Bildung besitzt,  
 muß sie naturgemäß andere Formen haben als in einem Lande  
 wie Rußland, wo Agrarwirtschaft und Analphabetentum vor-  
 herrschen. Im Rücken siegreicher Heere nimmt sie andere Ge-  
 stalt an als hinter zerbrechenden Fronten. Hauptsache, sie ist  
 überall da, und sie bewegt sich doch!

Wenn der Grundgedanke, die Spitzen der Regierung mit  
 führenden Männern der Mehrheitsparteien zu besetzen, ein-  
 mal zum Durchbruch gelangt ist, kann er nicht wieder  
 beseitigt werden. Wenn die nächsten Reichstagswahlen  
 eine sozialdemokratische Mehrheit ergeben, so wird die Sozial-  
 demokratie die Regierung übernehmen müssen. Wenn nicht,  
 dann nicht! Denn die demokratische Methode verbietet es einer  
 Minderheit, die Regierungsgewalt gegen den ausgesprochenen  
 Willen des Volkes zu usurpieren.

Die deutsche Sozialdemokratie war bei den letzten Wahlen  
 und ist jetzt im Reichstag eine Minderheit. Daß sie als  
 solche einflusslos geblieben sei, wird man nicht behaupten  
 können. Sie hat auf dem einzigen Weg, der ihr zustand, dem  
 Wege der Aufklärung, einer antiannektionistischen  
 Politik Bahn gebrochen und verteidigt sie jetzt gegen alle  
 Rückschläge. Sie hat die letzte deutsche Obriksregierung  
 gestürzt und Parlamentarier an ihre Stelle gebracht. Sie hat  
 die preussische Wahlreform bis zu einem Punkte geführt, an  
 dem ein Ausweichen vor der demokratischen Forderung un-  
 möglich scheint. Sie hat natürlich das alles, da sie eine  
 Minderheit war, nicht allein vollbringen können und  
 schmälert denen, die ihr dabei geholfen haben, nicht ihr  
 Verdienst.

Aber diese Hilfe beruht auch nicht bloß auf dem guten  
 Willen derer, die sie geleistet haben, sondern ihre Wurzeln  
 gehen viel tiefer hinein in die volkswirtschaftliche  
 Struktur unseres Volkes. Die Zahl derer, die an den Zielen  
 der Sozialdemokratie interessiert sind, ist viel größer als die  
 Zahl der sozialdemokratischen Parteimitglieder, der sozial-  
 demokratischen Wähler oder auch der freigeorganisierten Ge-  
 werkschafter. Kräfte, die ihrem Wesen nach zu uns gehören,  
 aber noch nicht zu vollem Klassenbewußtsein erwacht sind,  
 wirken unbewußt als stille Helfer am Werke und weisen durch  
 ihr Schwergewicht der Entwicklung unaufhaltsam ihren Weg.

Es wäre Wahnwitz, die Methoden, die sich uns mehr auf-  
 drängen als wir sie überlegend gewählt haben, aller Welt als  
 die einzig richtigen empfehlen zu wollen. Zumal in Rußland  
 sind alle Verhältnisse, wirtschaftliche, politische, volkswirt-  
 schaftliche, von den unseren so grundverschieden, daß sich aus  
 ihnen eine andere Taktik als die unsere von selbst ergibt.  
 Darum werfen wir uns auch nicht als Richter zwischen Bolsche-  
 wistik und Menschewistik auf, obwohl wir fürchten, daß diese  
 Spaltung ein großes Unglück für die russische Revolution ist.  
 Aber von den jetzt leitenden Männern Rußlands fordern wir,  
 daß sie Deutschland nicht nach ihren Wünschen betrachten, son-  
 dern daß sie die Dinge so sehen, wie sie sind.

Die Beendigung des Völkerkrieges durch  
 den allgemeinen Bürgerkrieg ist eine  
 Utopie. Und den Frieden bis zum endgültigen Sieg des  
 sozialistischen Proletariats in allen Ländern hinauschieben  
 wollen, das hieße den Krieg noch weiter verlängern, als die  
 Kriegsverlängerer der alldeutschen Eroberungsziele und des  
 endgültigen Ententesieges. Die Völker wollen mit dem  
 Frieden nicht warten, bis Elend-Vollbringen französisch oder  
 belgisch deutsch geworden, aber auch nicht so lange, bis der  
 letzte Rest aller bürgerlichen Klassenherrschaft in der ganzen  
 Welt ein für allemal ausgerottet ist. Denn das könnte am  
 Ende noch länger dauern, am längsten vielleicht — wer weiß  
 es heute? — in Rußland.

Die jetzt leitenden Männer in Petrograd fühlen sich  
 sozialistischen Nebengruppen in Deutschland  
 näher als der sozialdemokratischen Partei. Aber sie sollen  
 wissen, und man wird sie gewiß von keiner Seite darüber in  
 Zweifel lassen, daß ihre Theorie zur Beendigung des Krieges

in Deutschland keinen Boden zur Verwirklichung findet. Keine  
 sozialistische Gruppe Deutschlands denkt im Ernst daran, eine  
 Politik zu treiben, die das Blutmeer des Weltkrieges in das  
 Landesinnere leitet und dem Sieg eines fremden Imperia-  
 lismus als Vorspann dient.

So stehen die Dinge, und wer sie anders schildert, der hat  
 entweder Gründe, die Wahrheit zu verschweigen, oder er kennt  
 nicht Land und Volk, in dem er lebt. Folgerungen nach außen  
 zu ziehen, unterlassen wir. Folgerungen aber, die sich aus  
 den russischen Ereignissen nach innen ergeben, können gar  
 nicht laut genug ausgesprochen werden.

Möge die Regierung Hertling-Rühlmann-Bauer-Fried-  
 berg Inland und Ausland den Beweis dafür liefern, daß auch  
 eine bürgerliche Regierung für Völkerfrieden und Volks-  
 freiheit etwas Positives zu leisten imstande ist! Möge sie den  
 Ausdruck wirklichen Volksempfindens treffen, indem sie er-  
 klärt, daß wir nicht nach fremdem Gut begehren, kein Volk mit  
 List oder Gewalt unter unsere Botmäßigkeit bringen wollen,  
 sondern bereit sind, die Gesellschaft der Völker  
 bauen zu helfen, in der alle, große wie kleine, ihr Recht finden  
 sollen und den dauernden Frieden durch den Sieg des  
 Geistes, der nach Napoleons Wort schließlich immer noch  
 stärker als Kanonen ist.

Drüben erhebt sich der Ruf: „Die Revolution ist in Ge-  
 fahr!“ Aber die Revolution im tiefen Weltinn des Wortes  
 könnte auch gefährdet werden, wenn wir unter die Räder des  
 Weltkrieges geraten würden. Auch wir haben Errungen-  
 schaften zu verteidigen, auch wir haben Zukunftsaufgaben vor  
 uns, und wollen die Kraft, die wir für sie brauchen, nicht zer-  
 brechen lassen. Dies ist, wofür wir noch kämpfen, und dies  
 allein. Zum Frieden aber sind wir bereit, heute wie morgen,  
 mit allen und jedem!

## Die neue Regierung Deutschlands

Reichstag am 20. November.

Die Neubildung der Regierung ist, wie man aus unseren  
 gestrigen Mitteilungen ersieht, noch nicht vollständig. Es fehlt  
 noch der fortschrittliche Minister für Preußen,  
 dessen Ernennung allgemein erwartet und voraussichtlich bei  
 nächster Gelegenheit auch erfolgen wird.

Infolge der Schwierigkeiten der Regierungsbildung wird  
 sich Graf Hertling nicht schon am 22., sondern erst am  
 29. November im Reichstag einführen, dessen Hauptauftrag  
 sowie dessen Fraktionen schon zuvor am 27. November zu-  
 sammengetreten. Voraussichtlich wird Graf Hertling gleich bei  
 seiner Einführung die neue Kreditvorlage, die wieder  
 15 Milliarden fordert, einbringen. Ob sich seine program-  
 matische Erklärung in den Rahmen einer Interpella-  
 tionsdebatte einfügen wird, durch die auch äußerlich der  
 Umschwung in den deutschen Verfassungsvhältnissen zum  
 Ausdruck gebracht werden soll, steht noch nicht fest.

Es wird versichert, daß von einer Schwankung der  
 auswärtigen Politik im Sinne der von uns be-  
 handelten östlichen Projekte gar keine Rede ist. Diese Projekte  
 würden auch auf die Zustimmung des Reichstags nicht die ge-  
 ringste Aussicht haben.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wird Graf  
 Hertling am 3. Dezember zum erstenmal das Wort  
 nehmen.

## Der Sieg in Petersburg.

### „Die Revolution der Soldaten, Arbeiter und Bauern.“

Petersburg, 9. November. (Meldung der Petersburger  
 Telegraphenagentur.) Nach den letzten Nachrichten hat die  
 durch den Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg bewirkte  
 Umwälzung folgenden Verlauf genommen:

Die Bewegung begann am 6. November abends  
 vorläufig mit der Besetzung gewisser Punkte, wie  
 der Petersburger Telegraphenagentur, darauf folgte im  
 Laufe der Nacht angefaßt des Erfolges des Unternehmens,  
 und da das weitere Vorgehen angefaßt des Mangels an  
 Widerstand leicht war, eine planmäßige Be-  
 setzung der Hauptstadt, der Banken und Bahn-  
 höfe. In den Morgenstunden entwickelte sich die Unter-  
 nehmung nach der ersten Periode des Schwankens lebhafter,  
 und bereits um 10 Uhr vormittags am 7. November konnte  
 ein Aufruf des revolutionären Militärausschusses den Sturz  
 der alten Regierung und den Uebergang der Macht in die  
 Hände des Arbeiter- und Soldatenrates ankündigen, obgleich  
 die alte Regierung weiter im Winterpalast tagte, gegen  
 den der Arbeiter- und Soldatenrat noch nichts unternommen

hatte, und obgleich Kerenski selbst die ganze Nacht hin-  
 durch bis 7 Uhr morgens bei dem Festungs-Generalstab war  
 und mit General Manikowski, der die Tätigkeit eines Kriegs-  
 ministers und die militärische Macht ausübte, beriet. Bald  
 darauf ging seine Spur verloren, aber den ganzen  
 Tag über ließen Gerüchte um, daß er den Fronttruppen  
 entgegengereist sei, die er berufen hatte. Trotzdem stieg die  
 Unruhe im Winterpalast während des Tages ange-  
 faßt der Fortschritte des Arbeiter- und Soldatenrates und  
 des Anschwellens der Bewegung, welche ohne Mühe die ganze  
 Befehlsführung für sich gewonnen hatte. Die Kosaken hatten  
 erklärt, neutral bleiben zu wollen.

Inzwischen bot das Institut Smolny, der Sitz des  
 Arbeiter- und Soldatenrates von Petersburg und des Revo-  
 lutionären Militärausschusses, der von ihm eingesetzt ist, ein  
 sehr bewegtes Bild. Eine starke bewaffnete Wache hielt das  
 Innere besetzt und umgab das Gebäude oder stand in den be-  
 nachbarten Straßen, auch mehrere mit Geschützen bewaffnete  
 Panzerkraftwagen sicherten den Schutz des Hauptquartiers des  
 Arbeiter- und Soldatenrates. Lenin war dort erschienen  
 und mit begeistertsten Rufungen begrüßt worden. Von diesem  
 Institut aus gab der Revolutionäre Militärausschuh Be-  
 fehl zur Besetzung der Bahnhöfe und der Re-  
 gierungseinrichtungen, welche von den Truppen  
 und der Roten Garde sofort ausgeführt wurden. Von  
 Kronstadt langten Seesoldatenabteilungen  
 und dann der Kreuzer Aurora an, der nebst zwei Tor-  
 pedoboote vor der Nikolaisbrücke Anker warf.

Gegen 5 Uhr nachmittags begann der Arbeiter- und  
 Soldatenrat, inzwischen Herr der ganzen Stadt geworden, das  
 Winterpalast, wo sich beinahe alle Regierungsmit-  
 glieder befanden, zu isolieren; Abteilungen besetzten alle  
 dorthin führenden Wege, Barrikaden wurden bestmöglichst und  
 schnell aus Holzloken aus den Holzlagern und Wöhlen von  
 Bauarbeiten erbaut, der Verkehr hörte allmählich auf, und  
 auf der so geschaffenen Insel blieben nur noch Truppen, Pan-  
 zerkraftwagen und zwei Flugzeugabwehrgeschütze. Um 8 Uhr  
 abends boten die Belagerer den Ministern an, sie könnten den  
 Winterpalast verlassen, und gaben ihnen zwanzig Minuten  
 Zeit, aber die Minister lehnten das ab. Bald war der Pala-  
 st vollständig eingeschlossen, besonders von dem  
 Augenblick an, wo durch Besetzung des Hauptfern-  
 sprechamtes seine Verständigung mit der Außenwelt un-  
 möglich war. Von gegenüber vom rechten Newauer bedrohte  
 die Peter-Pauls-Festung, seit langem in den  
 Händen des Arbeiter- und Soldatenrates,  
 den alten Zarenhof unmittelbar. Die erste Truppenabteilung  
 veruchte sich durch die Millionajastroße dem Palastr zu nähern,  
 aber das Maschinengewehrfeuer der Verteidiger  
 verhinderte das. Angesichts des Widerstandes der Palastr-  
 wache feuerten zwei auf der Newa liegende Torpedo-  
 boote vier Kanonenschüsse ab, zugleich schossen  
 auch die Panzerkraftwagen auf das Gebäude.  
 Gewehrfeuer begann, dazwischen hinstreuten Maschinengewehr-  
 geräusch. Inzwischen kamen von Helfingsfors vier Torpedo-  
 bootzerstörer, ein Minenleger und mehrere Minensuchboote  
 mit Landungstruppen an, die an den Operationen gegen den  
 Palastr teilnahmen.

Endlich gegen 2 Uhr morgens gelang es den Streit-  
 kräften des Arbeiter- und Soldatenrates, in den Palastr  
 einzudringen.

Der Petersburger Arbeiter- und Sol-  
 daten-Rat hat am Nachmittage eine außerordent-  
 liche Versammlung abgehalten, in der der Vorsitzende  
 erklärte, daß die einstweilige Regierung nicht mehr bestehe,  
 einige Minister verhaftet und das Vorparlament aufgelöst sei.  
 Lenin, mit lebhaftem Beifall empfangen, hielt eine Rede,  
 in der er der russischen Demokratie folgende drei Aufgaben  
 stellte: erstens sofortige Beendigung des  
 Krieges; zu diesem Zwecke müsse die neue Regierung den  
 Kriegführenden einen Waffenstillstand vorschlagen;  
 zweitens Uebergabe des Landes an die Bauern;  
 drittens Lösung der wirtschaftlichen Krise.

Die Versammlung nahm eine Entschlieung für möglichst  
 rasche Lösung dieser drei Aufgaben an. Zum Schluß verlas  
 der Vertreter der Minimalisten im Arbeiter- und Soldatenrat  
 eine Erklärung, in der die Partei den Staatsstreich mißbilligt  
 und ihre Abreise aus Petersburg ankündigt.

Der revolutionäre militärische Ausschuh des Petersburger  
 Arbeiter- und Soldatenrates veröffentlichte alsbald folgenden

**Aufruf an die Bürger Rußlands:**  
 Die vorläufige Regierung ist gestürzt. Die ge-  
 samte Macht ist in die Hände des Organs des Petersburger Arbeiter-  
 und Soldatenrates, nämlich des revolutionären militärischen Aus-  
 schusses, übergegangen, der an der Spitze des Proletariats und der  
 Garnison von Petersburg steht. Das Ziel, für das das  
 Volk kämpfte, nämlich Vorschlag eines sofortigen demo-  
 kratischen Friedens, Aufhebung des Rechtes der Grund-  
 eigentümer, Land zu besitzen, Aufsicht der Arbeiter über die

Erzeugung und Bildung einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenrates ist gesichert. Es lebe die Revolution der Soldaten, Arbeiter und Bauern.

Ein zweiter Erlass des Ausschusses besagt:

Die Macht über Petersburg ist in den Händen des revolutionären militärischen Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, der Soldaten und Arbeiter, die sich einmütig erhoben haben. Die Regierung Kerenski ist ohne Blutvergießen gestürzt. Der Ausschuss fordert die Front auf, den Petersburger Soldaten- und Arbeiter, die neue revolutionäre Macht, zu unterstützen, der sofort einen gerechten Frieden und Rückgabe des Landes an die Bauern vorschlagen und die Verfassunggebende Versammlung einberufen wird. Die ganze russische Gewalt geht auf die Bezirks-Arbeiter- und Soldatenräte über.

### Der Kongress der Räte.

Petersburg, 9. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) An dem Hauptkongress der Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Russland nehmen 300 Abgeordnete teil. Der vorläufige Vorsitzende schlägt vor, ein Bureau zu wählen, in das vierzehn Sozialisten, darunter Lenin, Sinowjew und Trotzky, und sieben revolutionäre Sozialisten gewählt wurden. Der Kongress billigte darauf folgende Tagesordnung:

1. Organisation der Macht.
2. Frieden und Krieg.
3. Verfassungsgebende Versammlung.

Darauf wählte er eine Abordnung, die mit anderen demokratischen Verbänden in Verhandlungen über Maßnahmen zur Verhinderung des Blutvergießens eintreten soll, das schon begonnen hat. Der Kongress richtete einen Aufruf an alle russischen Armeen, in dem er sie auffordert, vorläufige revolutionäre Ausschüsse zu schaffen und diese verantwortlich für die Aufrechterhaltung der revolutionären Ordnung und der Festigkeit an der Front zu machen. Die Befehlshaber müssen den Befehlen des Ausschusses Folge leisten. Die Kommissare der Regierung werden abgesetzt und solche des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte treten an die Front.

Ein Mitglied des revolutionären Ausschusses berichtet, daß Kerenski am 7. November in Gatschina, 33 Meilen von Petersburg, an eine Abteilung von 6000 Mann, die von der Front nach der Hauptstadt geschickt worden sei, eine Ansprache gehalten habe. Nach Unterhandlungen habe die Abteilung erklärt, daß sie für den Augenblick von dem Marsche nach Petersburg abstehe. In derselben Sitzung erklärte der Vorsitzende des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates Trotzky, daß die Verhaftung der ehemaligen Minister kein Akt der Rache oder der politischen Vergeltung sei. Alle sozialistischen Minister sowie die ganze Regierung würden wegen Teilnahme an der Verschwörung Kornilows vor Gericht gestellt. Der revolutionäre militärische Ausschuss hätte indessen mit Rücksicht auf die politischen Parteien, denen die sozialistischen Minister angehörten, beschlossen, über sie die Handhabe zu verhängen.

Westen schon teilten wir die drei Proklamationen mit, die der Kongress am Donnerstag über die Gewaltübernahme, die Aufhebung der Todesstrafe an der Front und die Ministerverhaftungen und die Kerenski-Forderung erteilt. Ihre Bedeutung liegt darin, daß durch sie die revolutionäre Aktion des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates von der höchsten, nämlich allrussischen Instanz der Räte gebilligt und sanktioniert wird.

### Die Petersburger Aufrufe an Heer und Eisenbahner.

Wien, 8. November. Aus dem Kriegspressequartier wird mitgeteilt:

Die durch die letzten Ereignisse in Russland geschaffene Lage wird deutlich durch folgenden Aufruf des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates gekennzeichnet:

1. An alle Armeekomitees der sperierenden Armee und an alle Räte der Soldatenrepräsentanten!

Die Petersburger Garnison und das Proletariat haben die Regierung Kerenski, die sich gegen die Revolution und gegen das Volk aufgelehnt hat, gestürzt. Der Umsturz geschah ohne Blutvergießen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat den Umsturz feierlich begrüßt und ist zur Einsetzung einer Regierung der Räte die Macht des Kriegs-Revolutionärskomitees anerkannt. Die Soldaten werden aufgefordert, das Benehmen der Kommandobehörden zu überwachen; Offiziere, welche sich nicht offen und direkt der Revolution anschließen haben, müssen als Feinde verhaftet werden.

#### Programm:

- a) Sofortiger Vorschlag eines demokratischen Friedens.
- b) Uebergabe des Bodens der Grundbesitzer an die Bauern.
- c) Uebergabe der Macht an die Räte und sofortige Einberufung der konstituierenden Versammlung.

Die Abwendung unzuverlässiger Truppenteile aus der Front ist unzulässig. Die Abwendung ist eventuell mit schonungsloser Gewalt zu verhindern. Eine Verheimlichung dieses Beschlusses vor den Soldaten würde dem schwersten Verbrechen gegen die Revolution gleichen und mit aller Strenge der revolutionären Gesetze geahndet werden.

Soldaten! Für den Frieden! Für Brot! Für Land! Für die Volksmacht!

### 2. An alle Kompanie- und Geschützkomitees!

Der allrussische Kongress hat beschlossen: Die von Kerenski wieder eingeführte Todesstrafe an der Front ist aufzuheben. Alle revolutionären Soldaten und Offiziere, die sich wegen politischer Vergehen in Haft befinden, sind sofort zu befreien. Die früheren Minister Konovalow (Minister für Handel und Industrie), Mikulin (Minister für öffentliche Fürsorge), Terestichenko (Minister des Aeußern), Maslantschik (Justizminister), Kiklin (Minister des Innern, des Post- und Telegraphenwesens) usw. sind vom revolutionären Komitee verhaftet worden.

Kerenski ist geflohen. Es ergeht an alle Armeeeorganisationen der Befehl, Maßnahmen für die sofortige Verhaftung Kerenski zu treffen und ihn nach St. Petersburg einzuliefern. Jede Kerenski zuteil gewordene Hilfe wird als schweres Staatsverbrechen bestraft.

### 3. An alle Eisenbahnangestellten!

In St. Petersburg hat die Arbeiter- und Soldatenrevolution geheißen. Der Verkehrsminister ist unter der Zahl der anderen verhafteten Minister. Der allrussische Kongress der Arbeiter- und Soldatenrepräsentanten drückt die Ueberzeugung aus, daß die Eisenbahnarbeiter und -Beamten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der vollen Ordnung auf den Eisenbahnen treffen werden. Der Verkehr darf nicht für eine Minute eingestellt werden. Erhöhte Aufmerksamkeit muß auf die ungehinderte Zufuhr von Proviant

# Die Livenza in ganzer Front überschritten.

## Vormarsch zur Piave — Artilleriekampf in Flandern — Französische Vorstöße im Sundgau zurückgewiesen — Gefechte im Struma-Gebiet.

Amlich. Großes Hauptquartier, 9. November 1917. (W. I. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Gecehrgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Artilleriekampf in Flandern wuchs am Nachmittage im Hser-Gebiet, bei Poellapelle und bei Passchendaele zu erheblicher Stärke an.

Im Artois lebte das Feuer an mehreren Stellen auf. Englische Artillerieschüsse südlich von Acheville und nördlich von der Scarpe wurden abgewiesen.

#### Gecehrgruppe Deutscher Kronprinz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

#### Gecehrgruppe Herzog Albrecht.

Im Sundgau wurden nach heftigen Feuerwechseln vordringende Sturmtruppen der Franzosen zurückgeworfen.

Im Luftkampf und durch Abwehrfeuer verloren die Gegner 13 Flugzeuge.

Leutnant Müller errang seinen 32., Leutnant v. Bälw seinen 25., Leutnant Böhm seinen 22., Leutnant Bongart seinen 21. Luftsieg.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

an die Städte und an die Front gelenkt werden. Die revolutionäre Macht der Räte nimmt die Sorge zur Verbesserung der materiellen Lage der Eisenbahner auf sich. In das Verkehrsministerium werden Vertreter der Eisenbahner berufen werden.

### Der allrussische Kongress der Räte.

#### An alle Armeedivisionskomitees!

Heute wird der Kongress der Räte eröffnet. Die Armeekomitees leiteten es ab. Vertreter zwecks Aeußerung des Willens der Armeen zu entsenden. Wir schlagen Euch vor, Delegierte aus Eurer Mitte unverzüglich zu entsenden. Die Teilnahme an der Lösung der Frage über das Los der Revolution abzulehnen, ist eine Sünde, die die Geschichte nicht vergehen wird. Wählt je einen Delegierten auf 25 000 Mann und sendet ihn zum Kongress.

#### Der St. Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat.

## Die bolschewistische Taktik in der Friedensfrage.

Stockholm, 9. November. (Eig. Drahtbericht des „Boro.“) Die Triebkräfte der neuesten Wendung in Russland sind verschieden. In der letzten Nummer des hiesigen „Boten der russischen Revolution“ schrieb Lenin nachstehend: „Die Lösung der Krise muß ein Bauernaufstand wach werden, weil tatsächlich neben der Sowjetregierung eine Regierung von Kapitalisten und Junkern besteht. Ebenso treiben ungelebte Nationalfragen der Krise entgegen. Das gleiche verschärft sich der Konflikt der Eisenbahner und Postbeamten mit der Regierung.“ Lenins Darlegung legt die Tatsache gegenüber, daß die entscheidende revolutionäre Tat von dem Petersburger Proletariat vollführt wurde, wobei allerdings ein bürgerlicher Einschlag der Garnison beachtet werden muß. Man kann nach der Vorgesichte und dem bisherigen Verlauf annehmen, daß der Friedensdrang die Hauptrolle in dem Ereignis spielte, wovon ähnlich wie in Ost 1871 patriotische Erregung mitwirkte. Die heute erschienene Brand-Antwort schreibt: Die Arbeiterschaft ist erbittert, weil sie überzeugt ist, daß die Regierung aus Petersburg flüchten und die Stadt dem Hunger und den Deutschen ausliefern will. Es wächst der Wille zur Verteidigung der Revolution gegen die Regierung wie gegen die deutschen Truppen. Die politische Vorgeschichte zeigt die völlige Diskreditierung der Regierung rechtsseitig wie linksseitig. Innerhalb der Regierung bekämpfen widerstrebende Einflüsse einander. Die Agrarpolitik Lenins wurde verschleppt. Die Moskauer Rabattenkonferenz gab Mikulow, welcher Kerenski als Phrasenmacher abtat, eine große Mehrheit. Gleichzeitig fand in Moskau der Kongress unter Boris Robjankos statt, auf dem auch Rabatten und Generale gegen die Koalition auftraten. Bruchow und Kuhl forderten die Durchführung des Programms Kornilow, den sie verherlichten. Robjankos forderte die Antidemokraten auf, auf die Straße zu gehen. Er führte in „Obstliche Djele“, von der bürgerlichen Presse unterstützt, eine Propaganda zugunsten Kornilows, der ein Ouser Kerenski'scher Revolution und Verräterei sei. Die Petrograder „Ruf“ und die illegale Reaktionspresse forderten die Diktatur Kornilows. Die Kosaken setzten einen Vertreter in der Untersuchungskommission durch. Die Menscheviki waren desorientiert, sie bekämpften einerseits Terestichens Vorrede revolutionärer Friedensparole, andererseits die Volksbewegung.

Mjasanow erklärte gegen Mahnungen zur Ruhe im Zentralsojet namens der Bolschewiki, daß die Redensarten von Landbedeutung erst Wert bekämen, wenn die Sowjets die Macht übernehmen. Nicht die Bolschewiki, sondern die Regierungspolitik bereitete den Aufstand vor, aber die Bolschewiki würden in den ersten Reihen des Aufstandes stehen. Mjasanow legte eine Resolution vor, welche erklärt, daß die Regierung das Schicksal der Revolution auf Spiel setze, wenn sie nicht Friedensverhandlungen vorschläge. Die Regierung mache den Sowjets Platz, welche über den Frieden verhandeln und einwirken das Land verteidigen würden. Wegen Mjasanows Resolution stimmten auch Linkssozialrevolutionäre und Martowisten, welche indes anscheinend im Vorparlament für den Wohlfahrtsausschuss und den Friedensvorschlag stimmten. Bemerkenswert ist, daß im Zentralsojet Frontdelegierte erklärten, daß sich unter den Soldaten eine Friedenssehnsucht kundgebe, die bis zur Forderung eines Sonderfriedens gehe. Bei Protesten trübte ein Teil der Soldaten Helmschutzhelme.

Zunehmend die Bolschewiki außerhalb Petrusgrabs bei den nordrussischen und finnischen Garnisonen und der Ostseeflotte Unterstützung erfahren werden, ist schwer zu beant-

### Mazedonische Front.

Im Cerno-Bogen brachten deutsche und bulgarische Abteilungen aus den feindlichen Gräben Gefangene und 1 Maschinen-gewehr zurück.

In der Struma-Ebene stießen englische Kompagnien gegen Ägypten und Proskop vor. Kraftvoller Gegenstoß bulgarischer Truppen warf sie zurück.

### Italienische Front.

Die Livenza ist überschritten.

Kapitoo streben die verbündeten Armeen auf den Gebirgsstraßen und in der Ebene, den Widerstand italienischer Nachhut zu brechen, im Schneetreiben und strömenden Regen der Finne zu. Der Erste Generalquartiermeister. Lubensdorf.

### Abendbericht.

Berlin, 9. November 1917, abends. Amlich.

In Flandern scharfer Artilleriekampf bei Passchendaele.

In der Verfolgung gegen die Piave geht es vorwärts.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 9. November 1917. (W. I. B.) Amlich wird verlautbart:

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Widerstand der Italiener an der Livenza ist gebrochen. Die Verbündeten haben den Fluß an der ganzen Front überschritten und bringen gegen Westen vor.

Auch in den Tiroler Grenzgebirgen machten unsere Truppen Fortschritte.

Im Osten und in Albanien nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

worten. Aber immerhin stimmten von 17 000 Moskauer Soldaten 14 000 bolschewistisch; die Stimmenzahl der Sozialrevolutionäre sank im hiesigen Reichstagen Moskauer von 70 Proz. im Juli auf 18 im Oktober, die der Rabatten stieg von 17 Proz. auf 30, verlor aber absolut, da sie von 67 000 auf 82 000 fiel, während die Stimmen der Bolschewiki von 34 000 auf 82 000 und 48 Proz. stiegen. Bei dieser von Lenin zitierten Statistik ist jedoch bemerklich, daß die Gesamtstimmen von 400 000 auf 200 000 fielen und die überall hervortretende politische Diskontinuität mahnt, Lenins Behauptung, daß die Bolschewiki zusammen mit den linken Sozialrevolutionären die Mehrheit in den Sowjets, in der Armee und auf dem Lande haben, mit Vorbehalt hinzunehmen.

Weiter berichtet unser Stockholmer Mitarbeiter: Im Gespräch mit einem leitenden Komiteemitglied erfuhr ich, daß die österreichische und die ungarische Partei sowie die deutsche sozialistische Minderheit zu einer internationalen Konferenz nach Stockholm eingeladen werden sollen; dagegen halte sich das Komitee angesichts der Wärsburger Resolution nicht für befugt, auch die deutsche sozialistische Mehrheit einzuladen, solange diese nicht eine wirkliche Friedensaktion führe; indes gab der Gewährsmann den Widerspruch zu, der darin liegt, daß einerseits Verhandlungen der bolschewistischen russischen Regierung mit den bürgerlichen Regierungen stattfinden sollen und andererseits die deutsche sozialistische Mehrheit von den Verhandlungen in Stockholm ausgeschlossen werden soll. Ebenso besteht ein Widerspruch zwischen der Forderung der Verhandlungen mit den fremden Regierungen und der bisherigen bolschewistischen Taktik, welche in der Aufforderung ausklingt, auf die Straße zu gehen und in den Massenstreik einzutreten.

Man gab mir auch zu, daß die russische Lage schleunigstes Verhandeln zwischen den Regierungen fordere und nicht erst verschleppte Diskussionen der Parteien, wie bei der Quynsmanschen Konferenz, stattfinden dürfen. Man meint indes, daß jedenfalls einige Zeit notwendig sein wird, bis die russische Lage soweit konsolidiert sei, daß die bolschewistische Regierung mit internationaler Autorität handeln kann. Daß diese Regierung lebensfähig sein wird, glauben die hiesigen Bolschewiki angesichts des allgemeinen Friedensdranges und der Erregung der Bauernschaft wegen der verzögerten Lösung der Agrarfrage; wenngleich die ungeheuren Schwierigkeiten, in welchen sich das desorganisierte Land befindet, und die starken konterrevolutionären Interessen nicht verkannt werden. Die Bolschewiki hatten die Konstituierung einer Gegenregierung zwar nicht in Moskau, sondern eher im Süden nicht für ausgeschlossen, meinen aber, daß diese in der Armee keinen Halt finden wird.

Ueber die wahrscheinliche Taktik der bolschewistischen Regierung in der Friedensfrage sagt man mir, daß die Regierung allen Regierungen die sofortigen Unterhandlungen anbietet und auf der Basis des Verzichtes auf Annexionen, auch auf verschleierte. Man verpricht sich davon eine schwer widerzuehliche moralische Wirkung auf die Völker. Wenn die russische Demokratie den Krieg nicht bis zur völligen Selbstbestimmung aller Völker, welche erst durch siegreiche allgemeine Revolution möglich wäre, fortsetzen wolle, so könne sie doch nicht die Völker verhöhern. Andererseits sei sie außerstande, wegen fremder imperialistischer Interessen, beispielsweise wegen der lothringischen Erzlager, den Krieg fortzusetzen, und sie mühte bei der Weigerung der Entente an eine separate Waffenruhe denken.

Das hiesige Sowjetbureau ist angesichts der allgemeinen Lage skeptischer. Es befürchtet einen zaristischen Rückschlag über die Diktatur und mißtraut Lenins Begabung zu positiver Politik. Axelrod gibt zu, daß der Sieg der Bolschewiki die Folge davon gewesen ist, daß die bisher mitregierende sozialistische Partei die Friedensfrage und die Berufung der Konstituante vernachlässigt hat.

### Der Anschluß der baltischen Flotte.

#### Reval und Rasan.

Petersburg, 9. November. (Wiedung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach Meldungen aus Delsingford haben die Abgeordneten der baltischen Flotte und die Soldatenausschüsse beschlossen, sich dem Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg und dem Revolutionsausschuss anzuschließen und sie zu unterstützen.

Der revolutionäre Ausschuss in Reval hat alle militärisch wichtigen Punkte dort besetzt.

Nach Meldungen aus Rasan ist der dortige Truppenbefehlshaber, General Arkhipow, festgenommen worden; die Offiziersküler und die Offiziere der Panzerkraftwagen haben sich ergeben.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratische Stadträte.

Die Stadtverordneten der Stadt Dresden nahmen am Donnerstagabend in ihrer Sitzung die Erwahlten für die auscheidenden Stadträte vor. Dabei wurden auch auf Grund vorheriger Vereinbarungen für zwei auscheidende konservative Ratmitglieder zwei Sozialdemokraten, und zwar die Genossen Reichstagsabgeordneter Bud und Stadtverordneter Krüger einstimmig mit gewählt. Damit erhöht sich die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtrat der sächsischen Landeshauptstadt auf drei; seither war die Sozialdemokratie nur durch den Genossen Braune im Dresdener Stadtrat vertreten.

Seit 10 Jahren haben die Dresdener Parteigenossen vergeblich um einen Sitz im Stadtrat gekämpft; der Krieg hat auch hier mit dazu beigetragen, in die ablehnende bürgerliche Phalanx eine Bresche zu schlagen. Ein viertes Ratmitglied ist den sozialdemokratischen Stadtverordneten bereits bei der nächsten Bilanz bestimmt zugesichert worden. Dann würde die Vertreterzahl im Stadtrat der Stärke der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion entsprechen.

Vericht vom Parteitage.

In der am 20. u. 21. in Steintal abgehaltenen Parteiverammlung erstattete der Delegierte Genosse Kunze Bericht über den Bürgertag. Er stellte sich rückhaltlos auf den Boden der Parteitagebeschlüsse, die seinem bisherigen Standpunkt entsprechen. In der Diskussion begrüßten drei Redner das Ergebnis des Bürgertages und erwarteten, daß die dort gefaßten Beschlüsse der Parteibewegung zum Segen sein werden.

Für Frieden und Freiheit.

In einer sehr gut besuchten Versammlung, die am Donnerstag in Saalfeld tagte, sprach Abg. Genosse Schöpflin für den Verständigungsfrieden und für die freiheitliche Umgestaltung Deutschlands. Gegen eine Stimme erklärten sich die Versammelten mit dem Referenten einverstanden; einstimmige Annahme einer Resolution, die für das Herzogtum Meiningen das gleiche Wahlrecht forderte.

Groß-Berlin

Der Mieter ein Kuli des Hausbesizers?

Durch einen Teil der Berliner Presse geht die Nachricht von einer demnächst bevorstehenden neuen Verordnung über das Schneeschmelzen im kommenden Winter. Nach ihr werden die Hausbesitzer verpflichtet, den Schnee vom Fahrdamm vor ihrem Hause fortzuschaffen und an der Vordschwelle aufzubäuen. Fällt der Schnee bei Tage, so ist sofort mit der Arbeit zu beginnen, fällt er nachts, so beginnt die Arbeit 6 Uhr früh. Natürlich — heißt es weiter — kann die Arbeit auch durch Beauftragte ausgeführt werden. Für den Fall, daß Schwierigkeiten infolge Personalmangels usw. entstehen, gilt folgendes: Der Hausbesitzer legt ein Verzeichnis seiner Mieter, Männer wie Frauen, im Alter von 14 bis 60 Jahren an, soweit sie zu körperlicher Arbeit befähigt sind, und fordert zur freiwilligen Hilfeleistung auf. Verweigert diese, so ist der Hausbesitzer berechtigt, die Mieter zu bestimmen, die bei der Arbeit zu helfen haben. Die Widerstrebenden werden der Polizei gemeldet. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden sehr streng, mit Gefängnis bis zu einem Jahr und 1000 M. Geldstrafe geahndet.

Die Folgen dieser angeblich bevorstehenden Verordnung haben sich die Zeitungen, die die Katastrophen ohne Kommentar verbreiten, wohl nicht recht überlegt. Sie bestehen darin, daß den Hausbesitzern ein souveränes Verfügungsrecht über die Arbeitskraft ihrer Mieter eingeräumt werden würde. Die Mieter wären der Willkür ihrer Hauswirte auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Wer sich mit seinem Birt „schlecht ficht“, wer etwa seine Wohnung gesundigt oder sonstwie das Wohlbefinden des Allgemains einträbt, kann sich unter Umständen darauf gefaßt machen, jeden Morgen um 6 Uhr zum Schwaben Kommandiert zu werden und im Weigerungsfalle strenge Bestrafung zu gewärtigen! Sollte auch nur etwas dieser angeblichen Verordnung annähernd Ähnliches geplant werden, so erheben wir schon jetzt den allerstärksten Protest dagegen!

Öffentliche Gemüsebewirtschaftung.

Die Potsdamer Bezirksstelle für Gemüse und Obst in Berlin hat angeordnet, daß in den Kreisen Weiß- und Osthavelland, West- und Westinglöh, in den Kreisen Osthavelland, West- und Ostpreignitz Kohlrüben und Runkelrüben nur mit ihrer Genehmigung abgesetzt werden dürfen. Die Verteilung des hierdurch erzielten Gewinnes auf die verarbeitenden Betriebe und den Frischverbrauch erfolgt durch die Bezirksstelle für Gemüse und Obst. Diese bestimmt insbesondere, welche Mengen für den Frischverbrauch für den Regierungsbezirk Potsdam zurückgehalten werden dürfen und wozu der Ueberschuß abzuliefern ist.

Berliner Lebensmittel.

In der kommenden Woche werden in Berlin wiederum die Kartoffeln für die darauf folgende Woche ausgeben. Wenn es nicht möglich war, bis zum Ablauf dieser Woche seine Kartoffeln auf die Sonderkartoffelkarte zu entnehmen, kann diese Kartoffeln auch noch im Laufe der nächsten Woche beziehen.

Kleine Anfragen.

7. Ueber die Fahrgelegenheiten von Spandau nach Berlin wird von Arbeitern, die von der Nacht zum Morgen, onbauender Klage geführt. Die Frühzüge nach dem Lehrter Bahnhof treffen meistens mit erheblichen Verspätungen ein oder fallen unterwegs so lange, daß die Anschlüsse nicht erreicht werden können. Außerdem sind die Züge derartig überfüllt, daß zahlreiche Fahrgäste keinen Platz finden und sich oft mehr als 30 Personen in einen Abteil wängen müssen. — Ist die Eisenbahnverwaltung vielleicht der Meinung, daß Arbeiter, die eine eiffrändige Nachschicht glücklicherweise haben, im großen Bewußtsein erfüllter Pflicht solche kleinen Extratrapazen auch noch mit in den Kauf nehmen können?

H. A. W. G.

Antwort zu 5. (Nr. 307.) Die Firma Eduard Sachs teilt uns mit, daß die Weigerung ihres Angestellten, Bekleidungsstücke an Mannschaften zu verkaufen, durch eine zum Zweck der Tuch- und Stoffwaren getroffene kriegsministerielle Anordnung veranlaßt worden ist.

Seinen 70. Geburtstag feiert heute unser Genosse Fritz Fröhlich, Mühlauer Str. 1. Er gehört der Partei seit dem Jahre 1892 an und hat ihr gegenüber seine Pflicht allezeit in jeder Weise erfüllt. Von Beruf Maurer, wirkte er ebenfalls stets vorbildlich in seiner Gewerkschaft. Nach dem „Vorwärts“-Vogelzug und der Parteipaltung blieb er unferer alten Phalanx treu. Wir wünschen, daß dem Jubilar seine heutige Frische und Mäßigkeit noch lange erhalten bleiben und ihm ein sorgenfreies Lebensabend beschieden sein möge!

Der Wintergarten gibt in seinem neuen Spielplan wieder eine Fülle des Lebens- und Hörenswerten. Das härteste Aufsehen mag der Dedekläufer erregen, der in schwindelnder Höhe seinen „Lopf-

hängerischen“ Spaziergang macht. Unterhaltender finden wir aber die sonstigen Darbietungen des abwechslungsreichen Spielplans. Die Tänzerin Irene Marehn erntet besonders mit ihrem tollen Sirentanz stürmischen Beifall. Durch Kunst wirken und fesseln die drei Tänzerinnen des Regus-Quadrupletts. Die Vorträge des Gefangenenreiteren Otto Röhr verlegen den Zuhörer in besterische Stimmung. Erfreulich sind die Kraftleistungen der Krobaten-truppe Urbanis, die Geschicklichkeit der komischen Radfahrer Doley und Voriner, die Fingerfertigkeit des Tischspielers Rolf Hamen. Der Clown Pappo liefert Hervorragendes in der Hundedressur.

Der Sportpark Treptow veranstaltet am Sonntag ein Zweifunden-Mannschaftstreffen hinter Schrittmachern. Das Rennen ist das längste Rennen dieser Saison. Es beginnt pünktlich um 2 1/2 Uhr.

Die königliche Blaudamenhaft in Steglitz warnt dringend vor einem Verräter, der wieder in Berlin und den Vororten sein Unwesen treibt, indem er unter Verant auf die Anhalt angebliche Unbindenarbeiten zum Verkauf anbietet und Arbeitsaufträge erteilt, auch auszubessernde Sachen mitnimmt, die er natürlich nicht zurückbringt. Die Anhalt hat selbstverständlich niemals einen derartigen Voten ausgesandt und kann daher nur bitten, den Schwindler durch die zuständige Polizei festnehmen zu lassen.

Neulösn. Stadtverordnetenversammlung. Ueber die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Interpellation wegen der Lebensmittel- und Kohlenverknappung wurde bereits gestern berichtet. In dem Magistratsantrag auf Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise erklärte die sozialdemokratische Fraktion durch Genossen Greger, daß sie nicht zustimmen werde. Wenn sie auch die jetzige Finanzlage der Stadt nicht verkenne, so müsse sie doch die Preiserhöhung als durchaus ungerechtfertigt ablehnen. Die Gassteuerung würde die Sozialdemokraten bedürden, die bisher schon große Lasten zu tragen hatten. Die Erhöhung von 16 Pf. für 1 Kubikmeter auf 20 Pf. bedeutet 25 Proz. mehr, aber da die Gasverbleitung zum Mehrverbrauch zwingt, so kann man die Mehrausgabe auf 50 Proz. schätzen. Für die kleinen Abnehmer mit weniger als 300 Kubikmeter im Jahr, die vier Fünftel aller Abnehmer sind, ist keine Vergünstigung gewährt. Der Magistrat begründet die Preiserhöhung mit der Unterkostensteigerung, gibt aber die Nebenprodukte trotz außerordentlicher Wertsteigerung immer noch billig an die Militärverwaltung zu alten Preisen. Die aus der Feuerung der Kriegszeit entstehenden Mehrausgaben der Gas- und Elektrizitätswerke sind als Kriegskosten anzusehen und als solche zu übernehmen, nicht aber den Verbrauchern aufzulegen. Stadtverordneter Deter glaubte sagen zu dürfen, keine Gasabnehmer hätten mandmal weit mehr Einkommen als die großen. Genosse Conrad lenkte die Gaspreiserhöhung als Ausbeutung einer Notlage, weil bei dem Mangel an Kohlen und Petroleum die Möglichkeit des Ertrages für Gas fehlt. Dabei haben die Werke bisher noch Ueberschüsse gebracht, wenn auch geringere als sonst. Für den Magistrat erwiderte Stadtrat A. Lort, die Preiserhöhung sei unvermeidlich, weil man keine anderen Branche. Neulösn könne sich von dem Sorgen der Gemeinderäte Groß-Berlins nicht ausschließen. Rücksicht auf kleine Abnehmer sei nicht möglich. Die Abstimmung ergab gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Annahme der Preiserhöhungen. — Das neue Orisstatut über die Sonntagsruhe im Handel legt für die meisten Geschäfte volle Sonntagsruhe fest, läßt aber den Lebensmittel-, Genussmittel- und Blumengeschäften immer noch eine Ladenzeit von 8-10 und 12-2. In der Vorladung bezieht sich der Magistrat auch auf eine Eingabe des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, die den Sonntagsläß für die Nichtlebensmittelgeschäfte forderten. Genosse L. Burow wiederholte die schon in der Gewerbedeputation von der Sozialdemokratie aufgestellte Forderung, die Ladenzeit von 12-2 in allen Geschäften zu beseitigen. Der Magistrat ist auf den von der Deputation einstimmig unterstützten Vorschlag noch nicht eingegangen, erklärte aber in der Stadtverordnetenversammlung, er werde nach Anhörung der Beteiligten eine Vorlage machen. Die Stadtverordneten genehmigten das Statut. — Zugestimmt wurde dem Magistratsantrag, in Neulösn höheren Schulen vom April 1918 ab keinen Schulgeldzuschlag von Erziehungskindern zu nehmen, wie auch Erziehungskinder das nicht mehr tun will. — Den Zustand der Gemeindefchule in der Walsower Straße, die nach längerer Benutzung als Kaserne nicht wieder ordnungsgemäß hergerichtet ist, brachte Genosse Schuch zur Sprache. Der Magistrat überwiegt. Für den Provinziallandtag wurden gewählt Oberbürgermeister Rauter, die Stadträte Markgraf und Weigand, die Stadtverordneten Sander, Greger (Soz.) und mit einer einzigen Stimme Wehrheit Abraham (gegen Emmeluth, für den die Sozialdemokraten stimmten).

Neulösn. Städtischer Fischverkauf. Auf den für die Fischverteilung zur Verfügung gehaltenen Abschnitt 58 der Lebensmittelkarte haben bis jetzt nur rund 80 000 Einwohner Fischwaren oder Fische entnommen. Der Verkauf auf Abschnitt 58 wird deswegen noch bis zum 15. November fortgesetzt werden. Nach Ablauf dieser Zeit wird ein neuer Abschnitt der Lebensmittelkarte für den Fischverkauf freigegeben werden.

Lichtenberg. Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung vom Donnerstag bildeten wiederum die Kriegsteuerungs-zulagen den Mittelpunkt der Verhandlungen. Die in der letzten Versammlung gewählte Kommission hatte nicht unwesentliche Änderungen der Magistratsvorlage vorgenommen. Insbesondere waren die vier Gehaltsgruppen in drei zusammengefaßt worden und die Zulagen für diese auf 600, 700 und 800 M. bemessen worden. Die obere Gehaltsgrenze für die Gehaltsgruppe beträgt 10 000 M., während die Magistratsvorlage 15 000 M. vorgesehen hatte. Die Mehrheit in der Kommission war der Auffassung, daß bei Vorkommen mit niedrigen Gehältern eine höhere Aufbesserung am Platze sei. Oberbürgermeister Ziegen er suchte, an der Gehaltsgrenze von 15 000 M. festzuhalten. Die Derabsenkung wäre eine Ungerechtfertigkeit gegenüber den städtischen Beamten, die dann schlechter wie die Staatsbeamten und die Lehrerschaft der höheren Schulen gestellt würden, bei denen belanzlich 15 000 M. die Höchstgrenze bilden. Er verwies auch darauf, daß die Groß-Berliner Gemeinden sämtlich bei diesem Gehaltsloß geliebten sind.

Zu der abgeänderten Vorlage wurden verschiedene Wünsche laut, die sich zu einer ganzen Anzahl von Anträgen verdichteten. Genosse John verteidigte in längeren Ausführungen in eindringlicher Weise die Kommissionsvorlage. Ihm schloß sich Genosse Ritz an, der betonte, daß man dem Staat nicht immer unbedingt zu folgen brauche. Er erinnerte die bürgerliche Fraktion an ihre frühere, wenig einsichtsvolle Stellungnahme zu den Erhöhungen der Kriegsteuern, den Zulagen der Kriegserfranten usw. Da die von den Mittelständlern und der bürgerlichen Fraktion gestellten Anträge nicht zurückgenommen wurden, sah sich unsere Fraktion veranlaßt, durch Genossen John gleichfalls einen Antrag zu stellen, sämtlichen Beamten eine gleichmäßige Zulage in Höhe von 800 M. zu gewähren. Dieser Antrag fand auch die Zustimmung der Unabhängigen. Gleichzeitig wurde namentliche Abstimmung beantragt, die die Ablehnung des Antrages mit 23 gegen 18 Stimmen ergab. Bei der weiteren Abstimmung wurde schließlich die Kommissionsvorlage angenommen. Auch die Vorlage bezüglich der Zulagen für die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen wurde in der Kommissionsfassung angenommen, die wesentliche Verbesserungen vorstelt. Ohne Widerspruch gelangten auch die übrigen Steuerungs-vorlagen zur Annahme, mit der Maßgabe, daß die jeweiligen Kinderzulagen bis zu 18 Jahren gewährt werden.

Der Magistrat hat den Fraktionsleitungen umfassende Berichte über die bisherige Nahrungsmittelverknappung zugehen lassen. Genosse John nahm diese Berichte zum Anlaß, sich gegen die von den Staatsbehörden beliebige Zuteilung von Nahrungsmitteln an die Kriegsteilnehmer zu wenden. An diese Betriebe werden Nahrungsmittel nicht selten in solchen Mengen abgegeben, daß diese gar nicht vertrieben werden können. Dieser Zustand sei geradezu furchtbar, der Tatsache gegenüber, daß Frauen aus den unteren Bevölkerungsschichten viele Stunden anstehen müssen, um nur mit größter Mühe geringe Mengen von Lebensmitteln zu erlangen. Stadtverordneter Prühl (Unabh.) brachte eine Anzahl Beschwerden zur Sprache, die zum Teil auch die städtischen Verkaufsstellen betreffen. Stadtsyndikus Dr. Ratzky beantwortete die gestellten Anfragen und gab auch über die Beschwerden entsprechende Aufklärung.

Schöneberg. Lebensmittel. Von heute bis Dienstag findet Voranmeldung statt für 1/2 Pfund gemischte Marmelade auf Abschnitt 75 der Nahrungsmittelkarte und 2 Suppenwürfel auf Abschnitt 25 der Nahrungsmittelkarte für Jugendliche. Ausgegeben werden in der nächsten Woche 200 Gramm Leihwaren auf Abschnitt 74 der Nahrungsmittelkarte und 1/4 Pfund Kartoffelmehlmehl auf Abschnitt 24 der Nahrungsmittelkarte für Jugendliche.

Tempelhof. Für die Vorkortgemeinschaft. Die Gemeindevertretung hat Donnerstag nach einem Bericht des Bürgermeisters Wiesener über die Groß-Berliner Frage beschlossen, der Vorkortgemeinschaft im Kreise Teltow mit einem Jahresbeitrage von 1000 M. beizutreten. Die Gemeindevertretung entsandte in den Verwaltungsrat der Gemeinschaft den Gemeindeverordneten Ingenieur Nag, als Vertreter in die Mitgliederversammlung die Gemeindeverordneten Direktor Gröfel, Bureauvorsteher Vargemeister (Soz.), Direktor Penkel und Sanitätsrat Dr. Richter.

Die erste Ortsgruppe der Berliner Vorkortgemeinschaft wurde Donnerstagabend in einer Versammlung gegründet, die im Bürgerloale des Friedenauer Rathauses unter zahlreicher Beteiligung stattfand.

Friedrichshagen. Lebensmittel. In der Lebensmittelverkaufsstelle der Gemeinde konnten zum Verkauf: junge Gänse und Enten, ferner frischgeschlachtener Spinat und Gemüse. Zu Futterzwecken ist ein größerer Resten Stoppelrüben abzugeben. Beim Einkauf sind die Lebensmittel- und Kohlenkarten mitzubringen.

Der Magistrat hat den Fraktionsleitungen umfassende Berichte über die bisherige Nahrungsmittelverknappung zugehen lassen. Genosse John nahm diese Berichte zum Anlaß, sich gegen die von den Staatsbehörden beliebige Zuteilung von Nahrungsmitteln an die Kriegsteilnehmer zu wenden. An diese Betriebe werden Nahrungsmittel nicht selten in solchen Mengen abgegeben, daß diese gar nicht vertrieben werden können. Dieser Zustand sei geradezu furchtbar, der Tatsache gegenüber, daß Frauen aus den unteren Bevölkerungsschichten viele Stunden anstehen müssen, um nur mit größter Mühe geringe Mengen von Lebensmitteln zu erlangen. Stadtverordneter Prühl (Unabh.) brachte eine Anzahl Beschwerden zur Sprache, die zum Teil auch die städtischen Verkaufsstellen betreffen. Stadtsyndikus Dr. Ratzky beantwortete die gestellten Anfragen und gab auch über die Beschwerden entsprechende Aufklärung.

Schöneberg. Lebensmittel. Von heute bis Dienstag findet Voranmeldung statt für 1/2 Pfund gemischte Marmelade auf Abschnitt 75 der Nahrungsmittelkarte und 2 Suppenwürfel auf Abschnitt 25 der Nahrungsmittelkarte für Jugendliche. Ausgegeben werden in der nächsten Woche 200 Gramm Leihwaren auf Abschnitt 74 der Nahrungsmittelkarte und 1/4 Pfund Kartoffelmehlmehl auf Abschnitt 24 der Nahrungsmittelkarte für Jugendliche.

Tempelhof. Für die Vorkortgemeinschaft. Die Gemeindevertretung hat Donnerstag nach einem Bericht des Bürgermeisters Wiesener über die Groß-Berliner Frage beschlossen, der Vorkortgemeinschaft im Kreise Teltow mit einem Jahresbeitrage von 1000 M. beizutreten. Die Gemeindevertretung entsandte in den Verwaltungsrat der Gemeinschaft den Gemeindeverordneten Ingenieur Nag, als Vertreter in die Mitgliederversammlung die Gemeindeverordneten Direktor Gröfel, Bureauvorsteher Vargemeister (Soz.), Direktor Penkel und Sanitätsrat Dr. Richter.

Die erste Ortsgruppe der Berliner Vorkortgemeinschaft wurde Donnerstagabend in einer Versammlung gegründet, die im Bürgerloale des Friedenauer Rathauses unter zahlreicher Beteiligung stattfand.

Friedrichshagen. Lebensmittel. In der Lebensmittelverkaufsstelle der Gemeinde konnten zum Verkauf: junge Gänse und Enten, ferner frischgeschlachtener Spinat und Gemüse. Zu Futterzwecken ist ein größerer Resten Stoppelrüben abzugeben. Beim Einkauf sind die Lebensmittel- und Kohlenkarten mitzubringen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin II. Morgen, vormittags 10 Uhr, finden in folgenden Lokalen Extra-Abteilungsverfammlungen statt. Für die I. und II. Abteilung Westen bei Adolf Riedert, Steinmehlf. 20a; III. und IV. Abteilung Südwesten, Lindenstr. 3; V. Abteilung bei Mann, Hornstraße 2; VI. Abteilung Südwesten bei Schuster, Chausseeplog 4; VII. Abteilung Süden bei Reim, Urbanstr. 29; VIII. Abteilung Süden bei Welle, Hasenheide 54.

Potsdam. Der sozialdemokratische Wahlverein hält morgen im Friedrichsgarten, Alle Luisenstr. 37, eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Stahl-Spandau gibt den Bericht vom Bürgertag. Die Genossen, die aus irgendwelchen Gründen ihre Beiträge noch nicht entrichtet haben, sind besonders eingeladen.

Soziales.

Vergessener Schatz.

Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung sind im allgemeinen ganz auf den Friedenszustand zugeschnitten. Daraus ergaben sich bei den durch den Krieg bewirkten Veränderungen in vielen Fällen für die Versicherten oder ihre Angehörigen Härten und Missetände, die durch besondere bundesrätliche Verordnungen haben behoben werden müssen. Durch Verordnung vom 11. Mai 1916 ist für verschiedene Fälle der nicht rechtzeitigen Geltendmachung des Anspruchs auf Erstattung von Beiträgen nach § 398 Satz 3 des Versicherungs-gesetzes für Angestellte vorgebeugt und eine Verlängerung der Antragsfrist ausgesprochen worden. Aber auch diese Verordnung genügte in keiner Weise, allen Härten entgegenzutreten. Es ist deshalb durch eine neue Bundesratsverordnung vom 19. Oktober 1917, auf die wir schon in Nr. 291 des „Vorwärts“ hinwiesen, grundsätzlich bestimmt worden, daß nunmehr für alle Kriegsteilnehmer und solche Versicherte, die ohne zur bemessenen Macht zu gehören, sich bei ihr aufgehoben haben oder ihr gefolgt sind, oder die in die Gewalt des Feindes geraten waren, der den Hinterbliebenen zustehende Anspruch auf Beitrags-erstattung innerhalb einer Frist geltend gemacht werden kann, die mit dem Schluß des Kalenderjahres beginnt, in welchem der Krieg beendet ist. Eine gleiche Frist, wie sie § 398 des Versicherungs-gesetzes für Angestellte für die Beitrags-erstattung vorsieht, steht auch § 1300 der Reichsversicherungsordnung vor. Nach dieser Vorschrift muß der Anspruch auf das Witwengeld, die einmalige Zahlung, die beim Tode eines Versicherten gewährt wird, wenn die Hinterbliebenen Witwe selbst die Anwartschaft auf Invalidenrente erworben hat, innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Ehemannes geltend gemacht werden. Genau so, wie durch die Bundesratsverordnung vom 11. Mai 1916 war durch eine weitere vom 12. Mai 1916 auch diese Frist in bestimmten Fällen verlängert worden. Die gleichen Gründe jedoch, die für die neue Bundesratsverordnung vom 19. Oktober 1917 sprechen, treffen auch für die Ergänzung und Erweiterung der Verordnung vom 12. Mai 1916 zu. Im allgemeinen bei Todesfällen von Kriegsteilnehmern zu verbieten, daß durch eine Fristverkürzung die Hinterbliebenen geschädigt werden, bedarf es neuer Vorschriften, wie sie der vom 19. Oktober 1917 entsprechen. Wir haben auf die Notwendigkeit der Schaffung einer solchen neuen Verordnung bei der Mitteilung der Verordnung vom 19. Oktober 1917 nicht hingewiesen, weil wir bei dem engen Zusammenhang der zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung bestehenden Verhältnisse ohne weiteres angenommen haben, daß für das Gebiet der Invalidenversicherung eine solche neue Verordnung auch erlassen werde. Wir mußten uns so sehr dieser Annahme sein, als ja auch im Mai 1916 hintereinander zwei die Angestellten- und die Invalidenversicherung betreffende Verordnungen erlassen sind. Ueber vierzehn Tage sind nunmehr jedoch seit der letzten Verordnung ins Land gegangen und es hat den Anschein, als ob man die Interessen der Witwen der durch die Kriegsfolgen betroffenen Invalidenversicherten vergessen habe. Es bedarf wahrscheinlich nur dieses Hinweises, um die Reichsregierung zu veranlassen, die gleiche Vorschrift, wie sie jetzt für das Gebiet der Angestelltenversicherung erlassen ist, auch für das Gebiet der Invalidenversicherung zu erlassen. Was dem einen Kreise der Versicherten recht ist, ist naturgemäß dem anderen nur billig. Also wir barren der erwähnten neuen Verordnung. Wann wird sie erscheinen?

Wärfische Spielvereinigung (Vd. Turner-Bund). Am Sonntag finden folgende Fußballspiele statt: 12. Bezirksabteilung gegen Nichte-Bezirk II in Reinickendorf, Hauerstraße; 6. Bezirksabteilung gegen Gelsen und Nichte-Bezirk gegen Nichte-Bezirk in Baumhänlenweg, Köpenicker Landstraße; 3. I. B. gegen Weihenke in Friedrichshagen, Gemeindeplatz; Lindenwalde I gegen Bismarckhof und Lindenwalde II gegen Neulösn in Lindenwalde, Spielbeginn 2 1/2 Uhr.



Der Georgsritter.)

Von Zeffi.

Zur Lazarett noch es wieder einmal nach Schaffeln und Stiefeln — das bedeutete, daß neue Verwundete angekommen waren. Anna Pawlowna, die Hauptpatronesse (außer ihr gab es noch hundertdreißig Patronessen in verschiedenen Klassen), sah auf einem Schmel im Operationszimmer und rief ins Telefon hinein: „Maria Petrowna, kommen Sie schnell, schnell. Und Seife für die Verwundeten; außerdem muß ich mich mit Ihnen beraten. Es ist etwas sehr Angenehmes und etwas sehr Unangenehmes vorgefallen. Kommen Sie rasch.“

worden, aber es hatte nicht sehr weh getan, und er war weiter gegangen. Er brachte den Kommandanten in Sicherheit und brach dann selbst zusammen. Es hatte nicht sehr geschmerzt, hatte ihn nur geschwächt. „Das ist wahrer Heldenmut!“ — voll Mitleid neigte Maria Petrowna den Giraffenkopf zur Seite. „Er versteht sein eigenes Verdienst nicht.“

bringt. Der kostungsvolle junge Mann verschafft sich zunächst durch Milionenstiftungen für kulturelle Zwecke das Bewußtsein, eines der nützlichsten Mitglieder der Gesellschaft zu sein. Dann läßt er seine Dollarsregimenter nach anderer Richtung ziehen. Er engagiert für so und so viel Tausende im Monat sich einen Herrn, der bis zur Kündigung als Duldenfreund fungieren soll. Und auch an Liebe, meint er, kann ihm Kraft seines Mammons niemals fehlen. Herr Bildt war ganz verträglich in der Rolle: Ein liebenswürdiger, vergnügt und freundlich blickender Monomann, der unerschütterlich in seinem Wahn, doch tolerant genug ist, andere Leute ruhig lächelnd anzuhören.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. 34] Von R. Francé.

Den Ingolstädtern hatte eine milde und weise Regierung schon längst von den wichtigeren Menschenrechten das Rauchen freigegeben. Überall durften sie frei mit der Pfeife oder mit dem damals soeben aufgefundenen Kigarko im Munde umhergehen, nur an einem Orte nicht. Dort wo am Paradeplatz vor der Residenz des Statthalters die zwei Schildwachen Tag und Nacht die Einsernung der Wachhäuschen machen. Dort mußte jeder Bürger „die Pfeife aus dem Maul“ nehmen, so er vorüberging, wie es in der jedes Jahr einmal mit Trommelschlag verkündeten Verordnung des Statthalters deutlich, wenn auch nicht eben höflich hieß.

„Gute Magnifizenz zu danken für die Frage.“ erwiderte demütig der Briefler. „Ich komme nur als simpler Briefsteller wegen zwei armen Soldatenweibern, die in Not verzagen als Witwen, ob sich nicht ein Plätzchen für sie fände etwa zur Verdiennung in den Kasematten.“

„Ach, die alte Veler, sein ewiges Schreckgespenst“, unterbrach ihn der Statthalter geringschätzig, „noch immer haben die Knechte hinter dem Rücken ihres Herrn die Faust geballt — aber noch stets haben sie gehorcht. Und außerdem, ich sehe überall nur zufriedene Gesichter.“

\*) Das Georgsritter ist eine der höchsten russischen Kriegsauszeichnungen, die dem Inhaber den Titel „Ritter“ verleiht.

(Fortf. folgt.)



## Ruhe in Petersburg.

Petersburg, 9. November. (Weldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute früh erschienen die Zeitungen wie gewöhnlich, ausgenommen die Mehrzahl der täglich erscheinenden Blätter der sogenannten bürgerlichen Presse, deren Schmaschinen durch den Arbeiter- und Soldatenrat weggenommen worden waren, um den Druck der Zeitungen der Soldaten, Arbeiter und Sozialisten zu sichern. Die Ruhe hält an. Der Stadtrat setzte einen Ausschuss der Oeffentlichen Wohlfahrt ein, der sich zusammensetzt aus Vertretern des Magistrats, des Hauptauschusses des Arbeiter- und Soldatenrats, des Rats der Bauern und der militärischen und Arbeiterorganisationen. Der Ausschuss für die Oeffentliche Wohlfahrt hält sich zur Verfügung der Bevölkerung für den Fall von Ausschreitungen. Die anlässlich der Vorgänge vom 16. und 18. Juli verhafteten Sozialisten wurden in Freiheit gesetzt. Die Banken sind noch geschlossen, eine gewisse Anzahl von Kaufleuten hat gleichfalls nicht geöffnet.

Der revolutionäre Militär-Ausschuss teilt allen Offizieren, Soldaten und Ausschüssen an der Front und im Lande seinen Beschluss mit, Kornilow und seine Parteilänger in die Peter-Pauls-Festung in Petersburg überzuführen und sofort vor ein revolutionäres Kriegsgericht zu stellen.

## Amerika und die Pariser Konferenz.

Staatssekretär Lansing gab, wie Reuters gestern aus Washington meldet, eine Erklärung über die bevorstehende Konferenz der Alliierten ab. Nachdem er erwähnt hatte, daß es im wesentlichen eine Kriegskonferenz sei, erklärte er, daß die Konferenz durch allgemeine Prüfung der Gesamtlage ungewissheit imhülle sein werde, den Forderungen der einzelnen Regierungen ein richtiges Verhältnis zu geben und ihnen in den allgemeinen Plänen für die Kriegsführung den richtigen Platz zu weisen. Die Hilfsquellen des Landes seien sehr groß, und obwohl durchaus die Absicht bestehe, wenn nötig alles der Gewinnung des Krieges zu widmen, seien die Hilfsquellen doch nicht unbegrenzt. Aber selbst wenn sie noch größer wären, sollten sie doch alle zur Erreichung des höchsten Zweckes, für den die Vereinigten Staaten kämpfen, verwendet werden.

Lansing setzte hinzu: Dies kann durch eine volle und offene Besprechung der Pläne und Bedürfnisse der verschiedenen Kriegführenden geschehen. Es ist der ernsteste Wunsch der Regierung, ihre Militär- und Flottenmacht, ihre Hilfsquellen und ihre Kraft da zu verwenden, wosie den größten Vorteil zur Förderung der gemeinen Sache haben werden. Zur Vermeidung von Kraftverschwendung ist es von höchstem Werte, Uebereinstimmung in die Tätigkeit der Nationen zu bringen, welche unermessbarerweise bis zu einem gewissen Grade unabhängig von einander handeln.

Die Vereinigten Staaten legen, wie zu erwarten war, das ganze Gewicht ihrer Kriegsmittel in die Waagschale, um der Pariser Alliiertenkonferenz die Förderung der Fortsetzung des Krieges zu erleichtern. Der „höchste Zweck“, für den sie alles einsetzen wollen, ist das Ziel, die europäischen Mächte vermittelst des Krieges in ihre Gefolgschaft zu zwingen. Sie waren die wirtschaftlichen Gewinner des Krieges, und sie wollen auch politisch die Gewinner sein.

## Cadorna vom Oberbefehl enthoben.

Von Montag bis Mittwoch haben Lloyd George, Bainbridge und Orlando, begleitet von namhaften militärischen Vertrauensmännern, in Rapallo über die Katastrophe des italienischen Heeres beraten. Das Ergebnis ist eine Vereindeutigung der Leitung der politischen und militärischen Angelegenheiten Englands, Frankreichs und Italiens. Der Zweck dieser Uebung ist eine Verhärtung des Einflusses auf den italienischen Bundesgenossen. Man hält die Zeit für gekommen, wo mit neuen Mitteln vorgeföhrt werden muß, um ihn fester in der Hand zu halten.

Der neue militärische Ausschuss, der gebildet worden ist, gibt zugleich die Möglichkeit, Cadorna den Oberbefehl abzunehmen, ohne sagen zu müssen, daß diese Enthhebung vom Kommando eine Wahrnehmung bedeutet. Die „Agentia Stefani“ meldet: Nachdem auf der Konferenz in Rapallo die Entlassung geföhrt worden ist, einen Internationalen Obersten Politischen Rat für die gesamte Westfront zu schaffen, dem ein ständiger militärischer Zentralkommando zur Seite stehen soll, wurden zu Teilnehmern an diesem militärischen Ausschuss ernannt: General Foch für Frankreich, General Wilson für England und General Cadorna für Italien. Am General Cadorna im italienischen Oberkommando zu ersetzen, ernannt ein kaiserlicher Erlaß heute zum Chef des Generalstabes der Armee den General Diaz und zu Unterchef die Generale Vadozio und Giardino.

Der neue Oberbefehlshaber hat bisher das 23. Armeekorps geleitet, im Oslad und Anglad immer glänzend und weise, sagt die Depesche des Kriegsministeriums, die den General begrüßt, „im Namen Italiens, das hofft und wartet“.

Italienischer Heeresbericht vom 8. November. Während des gestrigen Tages wurde der Rückzug unserer Linie fortgesetzt. Die Bewegung der Hauptmacht unserer Truppen konnte sich ohne Störung vollziehen. Die Deckungstruppen verzögerten den Vormarsch des Gegners durch zahlreiche tapfer durchgeführte Kämpfe zwischen dem Hügel von Vittorio und dem Zusammenstoß des Monticano mit der Livenga. Unsere Krieger bewältigten den erhöhten Widerstand der feindlichen Artillerie und bewarfen erneut feindliche Truppen am Tagliamento. Fünf feindliche Flugzeuge wurden zum Absturz gebracht.

In einer gestern ausgegebenen halbamtlichen Note wird über den Rückzug des Heeres gesagt: Die italienische Armee hat sich auf neue Stellungen zurückgezogen. Ein Teil des Heeresgebietes mußte dem feindlichen Einrücken überlassen werden; das ist ein schmerzliches Opfer, aber unermesslich und notwendig unter den augenblicklichen Bedingungen. Da ihr linker Flügel gebrochen war und ihre Verbindungen bedroht waren, mußte die italienische Armee sich bis zum Tagliamento zurückziehen. Dieses erste Zurückweichen gestattete der richtigen Menge von Transportwagen und der Bevölkerung, sich nach Westen zu begeben, aber unter den augenblicklichen Bedingungen konnte der Widerstand des Tagliamento führte kein Wasser und so war diese Linie ohne das Tagliamento führt kein Wasser und so war diese Linie ohne Hindernisse und ihre Länge fand in keinem Verhältnis zu den Mitteln und Kräften, die nötig waren, um sie zu halten. Am Tagliamento an diesem Zeitpunkt Halt zu machen, hätte bedeutet, den Schlägen des Feindes einen leichten Erfolg anzubieten. In Wirklichkeit mußte der Rückzug unter höchstem Einverständnis harter Versuche einer Masse von Feinden vollzogen werden, welche in der Absicht, aus dieser Lage Nutzen zu ziehen, in der Gebirgsgegend operierte, indem sie suchte, zwischen unserem linken Flügel und unserem Zentrum eine Bresche zu schlagen, um sich ihrer zu bedienen und sich hierdurch auf unsere Nachhut und unsere Bewegungen zu werfen. Es war vollständig unermesslich, daß bei dem allmählichen Zurückziehen, das wegen der immer ernstere Bedrohungen durch den Feind beschleunigt werden mußte, Material, dessen Transport unmöglich war, ver-

loren wurde, und daß Abteilungen umzingelt wurden. Über diese Mannschaften und dies Material stecken nur einen kleinen Teil dessen vor, was fortgeschafft werden konnte.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 8. November. Auf dem nördlichen Seekriegsschauplatz wurden durch unsere U-Boote wiederum

### 15 000 Br.-Reg.-Tö.

versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich der amerikanische Transportdampfer „Antilles“ (8878 Tö.), ein unbekannter Landdampfer sowie der französische Segler „Rose“. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 8. November. (W. T. G.) Die Verichte zweier sehr von erfolgreichem Fernfahrten zurückgekehrten U-Boote bestätigen übereinstimmend den immer mehr abnehmenden Schiffsverkehr in den Gewässern vor den westlichen Küsten Englands und Frankreichs. Dem einen U-Boot war es während seines mehrwöchigen Aufenthaltes im Tätigkeitsgebiet überhaupt nicht möglich gewesen, auf Dampfer zu stoßen zu kommen, während es Gelegenheit hatte u. a. 11 Segler zu vernichten, die sämtlich beladen den feindlichen Küsten zustrebten. Unter ihnen befanden sich zwei französische Kohlenboote, die mit je 8000 Tonnen Weizen nach Australien nach Frankreich bestimmt waren, ferner eine französische eiserne Bark mit einer vollen Ladung Rum von Martinique nach Bordeaux unterwegs. Des weitesten wurde ein amerikanischer Biermacher versenkt, dessen Labum, ebenso wie die eines englischen vernichteten Seglers, aus Del bestand.

Das zweite U-Boot sichtete in den südwestlichen Binnarkelströmen zu den englischen und französischen Westküsten trotz starken Wetters tagelang weder Dampfer noch Segler, trotzdem das Tätigkeitsgebiet mehrfach verlegt wurde.

## Die polnische Frage im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Eine Erklärung der österreichischen Regierung.

Wien, 9. November. Abgeordnetenhaus. Vor Eingehen in die Tagesordnung gelangen sieben dringliche Anfragen über die polnische Frage, die die Ukrainer, Südslawen, Tschechen, Deutschen, Sozialdemokraten, ruthenischen Sozialdemokraten, Rumänen und Wiener Freiheitlichen eingebracht haben, zur Verlesung. Die Anfrage der Ruthenen protestiert gegen die Angliederung Galiziens an Polen, durch die die galizische Ukraine unter die polnische Herrschaft kommen würde. In der von Dr. Adler namens der deutschen Sozialdemokraten gestellten Anfrage wird auf den Widerstand hingewiesen, welche die geplante Lösung in den Ententestaaten hervorrufen würde. Der Verlust Kurlands bedeutet für Rußland nicht weniger als den Verlust seines einzigen brauchbaren eisernen Hafens in der Ostsee. (Rebaste Zwischenrufe links. Abgeordneter Wolf: Ist das Aufgabe der deutschen Sozialdemokraten? — Abgeordneter Aufs: Und Triest an Italien, nicht wahr?) In der Anfrage wird weiter erklärt, daß der Plan eine

### erste Befriedung des Friedens

sei und ebenso für die bisherige Demokratie in Oesterreich als auch für die Freundschaft Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn gefährlich sei.

Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler ergreift das Wort und führt aus: Zunächst gestalte ich mir, mich auf die Erklärung zu beziehen, die ich gestern in gleicher Angelegenheit im Budgetauschuss abgegeben die Ehre hatte. Wie aus dieser Erklärung erhellt, kann heute noch nicht davon gesprochen werden, daß die polnische Frage gelöst sei. Solange die mit der kaiserlich-deutschen Regierung eingeleiteten Vorbesprechungen nicht zu einer vollen Klärung geführt haben, ist es naturgemäß auch nicht möglich zu sagen, wie diese Frage gelöst werden soll. (Zwischenrufe.) Falls aber in Zukunft das Königreich Polen eine Annäherung an die Monarchie finden sollte, so würde natürlich der ganze Komplex jener Fragen, die im legislativen Wege ausgetragen werden müssen, dieser Entscheidung vorbehalten bleiben und der österreichischen Volksvertretung rechtsseitig und ohne Präjudizierung Gelegenheit zur Stellungnahme geboten werden. (Zustimmung.) Ich möchte noch ausdrücklich betonen, daß die polnische Frage — möge ihre Lösung welche immer sein — kein Friedenshindernis darstellen kann, weil sie eine Vergewaltigung ausschließt. (Zwischenrufe.) Nach freier Wahl soll der polnische Staat sich in Zukunft sein politische Orientierung finden. (Rebaste Zustimmung.) Bei der früher gekennzeichneten Sachlage wäre es verfrüht, wenn sich die Regierung auf eine Erörterung darüber einlassen wollte, ob und welche Rückwirkungen auf die inneren Verhältnisse Oesterreichs aus dieser und jener Lösung der Frage des Königreichs Polen entstehen würden. Es bedarf jedoch wohl nicht erst besonderer Erwähnung, daß die Regierung alle in Betracht kommenden Eventualitäten im Auge behält, und daß den bei Lösung dieser Fragen in Betracht kommenden Rationalitäten Gelegenheit geboten werden wird, ihren berechtigten Wünschen Gehör und Gewicht zu verschaffen. Jedenfalls wird die Regierung sorgfältig darüber wachen, daß — möge was immer sich vollziehen —

### Oesterreich nicht geschwächt, sondern gestärkt

aus dem Wechsel der Dinge hervorgehen und daß seine Völker unter voller Sicherung ihrer Interessen der Segnungen nicht nur des äußeren, sondern auch des inneren Friedens sich dauernd erfreuen können. (Rebaste Zustimmung.)

## Hilfsdienstauschuss.

Am Freitag wurde die Beratung der Geschäftsordnung für die Ausschüsse fortgesetzt. Der Entwurf wurde mit einigen Abänderungen einstimmig angenommen.

Die Mitglieder der Ausschüsse erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen pro Tag 15 Kr. Es wird nun vorgeschlagen, nur 10 Kr. zu gewähren, wenn die Sitzung nicht länger als vier Stunden einschließlich des Begehens zur Sitzung in Anspruch nimmt. — Von sozialdemokratischer Seite wurden lebhafteste Bedenken gegen diese Neuregelung geltend gemacht und vorgeschlagen, daneben den Entgang an Arbeitsverdienst zu entschädigen. — Die Verordnung wurde schließlich unverändert angenommen.

Es folgte die Beratung des Entwurfs einer Verordnung über die Erweiterung der Meldepflicht zum Hilfsdienstgesetz. § 7 sieht vor, daß der Hilfsdienstpflichtige einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden kann. Von sozialdemokratischer Seite wird beantragt, daß diese Untersuchung nur zum Zwecke der Feststellung der körperlichen Eignung des Hilfsdienstpflichtigen für eine bestimmte Arbeit erfolgen darf.

Bei § 15, der Strafvorschriften enthält für den Fall, daß ein Meldepflichtiger die Meldung oder die anderen vorgeschriebenen Mitteilungen unterläßt, befragt Abg. Bauer die Eigenständigkeit der verschiedenen Vorkommenden von Einberufungsausschüssen. Dem Vorkommenden dürfte man nicht die Einberufung allein überlassen, noch weniger aber ihm allein die Verhängung von Strafen übertragen. — Von anderer Seite wird dem entgegengehalten, daß gegen die Festsetzung einer Strafe die Beschwerde

mit auffchiebender Wirkung zulässig ist. — Schließlich wurde beschlossen, die Verhängung von Ordnungsbussen nicht dem Vorkommenden, sondern dem Ausschuss zu übertragen. — Der Entwurf der Meldepflicht wird mit einigen Abänderungen angenommen, sobald der ganze Entwurf.

Die Petitionen, die sich gegen das Verbot der Anstellung Wehrpflichtiger gegen Gehalt in militärischen Betrieben richteten, wurden dem Haushaltsausschuss des Reichstags überwiefen.

## Dreiklassenhaus-Ernährungspolitik.

Die verstärkte Haushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat ihre hinter verschlossenen Türen gepflogene Ernährungsdebatte nunmehr beendet und ihre Beschlüsse in einer Reihe von Anträgen niedergelegt. Der Geist dieser Anträge zeigt, daß sich diese auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählte Reichstagsvertretung über die Not der arbeitenden Bevölkerung sehr wenig Kopfzerbrechen macht, um so mehr aber sich um die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion kümmert. So wird u. a. eine neue Preisfestsetzung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse verlangt, die „den Produktionsverhältnissen im vierten Kriegsjahr gerecht wird“ und „die Erzeugung von Nahrungsmitteln in ausreichender Weise anregt“. Auf deutsch: die Nahrungsmittel sollen wieder einmal verteuert werden. Das gleiche bezweckt ein Antrag, wonach die Futterversorgung durch eine den Preisen der sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse entsprechende Preisfestsetzung gesichert werden soll. Ebenfalls auf eine Nahrungsmittelverteilung läuft hinaus die Forderung von Kartoffeln in den besten Preisen, wodurch jeder Möglichkeit einer billigen Kartoffelversorgung die Tür veranbartelt wird. Abgelehnt hat die Kommission dagegen einen Antrag, der versorgungsberechtigten Bevölkerung eine Sonderzulage von Kartoffelmehl zu gewähren. Abgelehnt hat sie es, auch nur eine Prüfung darüber zu veranlassen, ob im Frühjahr 1918 die Kartoffelration erhöht werden könne. Angenommen dagegen wurde ein Antrag, der sich gegen die Erhöhung der Fleischration wendet, ebenso wurde ein Antrag angenommen, die Zwangsbewirtschaftung von Eiern, Obst und leicht verderblichem Gemüse fallen zu lassen.

Bei dieser Erledigung der Ernährungsfrage hat offenbar der Gehanke abgeworfen, dem Volk noch einmal recht deutlich zu demonstrieren, wie in einem auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Parlament seine Interessen vernachlässigt werden.

## Noch immer Helferrich!

Unter der Ueberschrift „Zur Klarstellung“ veröffentlicht die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ ein Schreiben, das Dr. Helferrich am Sonntag, den 28. Oktober, an den Grafen Hertling gerichtet hat. Dieses Schreiben soll gewissen Versicherungen der Presse entgegenstehen, die die Stellung des zurückgetretenen Vizelandes in einem schiefen Licht erscheinen lassen. In dem Schreiben bietet Helferrich dem Grafen Hertling seinen Rücktritt an. Er geht zu, daß seine Person ein Hindernis für die Stellung des Kanzlers sein könnte und daß er, Helferrich, sich in Parlament und Presse Gegnerschaften gezogen habe. Dann sagt das Schreiben:

Ich stelle deshalb mein Amt Exrer Erzählens zur Verfügung und erkläre mich bereit, seiner Majestät dem Kaiser mein Entlassungsgesuch einzureichen, sobald Exrer Erzählens sich überzeugt haben sollten, daß mein Ausscheiden im Interesse der Sache liegt und Exrer Erzählens die Bewältigung der neuen großen Aufgabe erleichtert.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt dazu:

Dem Inhalt dieses Schreibens hat Dr. Helferrich sein Verhalten auf das lokale angepaßt. Entgegen anderen Behauptungen hat er weder bei den politischen Parteien noch bei anderen Stellen irgendwelche Schritte unternommen, um der von ihm dem Grafen Hertling angebotenen Entlassung vorzugreifen oder sie zu beeinflussen.

Was erscheint an der Sache auffällig, daß Herr Helferrich, anstatt einfach seinen Abschied zu nehmen, die Entscheidung hierüber auf den Grafen Hertling geschoben hat. Ueber das Verhalten des gewesenen Vizelandes sind sich ziemlich alle Personen einig, die aktiv an der Lösung der Krise mitgewirkt haben. Wir glauben nicht, daß ihr Urteil durch die nachherigen Erklärungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ irgendwie geändert wird.

## Letzte Nachrichten.

### Neuordnung des Reichsamtes des Innern.

Berlin, 9. November. Die nach der Abtrennung des Reichswirtschaftsamtes erforderliche Neuordnung des Reichsamtes des Innern ist nunmehr im wesentlichen erfolgt.

Das Amt zerfällt in zwei Abteilungen. Die erste Abteilung umfaßt hauptsächlich folgende Angelegenheiten:

Verfassungsfragen, die auf den Bundesrat, den Reichstag und die Reichstagswahlen bezüglichen Geschäfte, die allgemeinen Angelegenheiten der Reichsbehörden und Reichsbeamten, die Angelegenheiten der politischen Polizei, das Preß-, Vereins- und Versammlungswesen, alle Militärangelegenheiten, besonders Familienunterstützungen, Aufwandsentschädigungen, Kriegsschäden, die Angelegenheiten der Wohnbauverwaltung, die besetzten Gebiete, die Reichsschadungskommission usw. Diese Abteilung ist dem Ministerialdirektor Dr. Lewald unterstellt.

Die zweite Abteilung umfaßt u. a.:

Die Angelegenheiten der Medizinal- und Veterinärpolizei, das Gesundheitsamt, das Medizinalprüfungswesen, den Nahrungsmittelverkehr, die Staatsangehörigkeitsachen, die Angelegenheiten der Freizügigkeit und des Unterstützungswohnwesens, das Bundesamt für das Heranwachsen, die Aus- und Einwanderung, die ausländischen Arbeiter, die innere Kolonisation, die Verkehrspolizei sowie die Fremdenpolizei und das Preßwesen. Mit der Leitung der zweiten Abteilung ist einweilen der Geheimere Oberregierungsrat Dammann beauftragt.

## Truppen gegen Petersburg.

Petersburg, 9. November. Laut Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur richtete der Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands einen Aufruf an die Arbeiter, Soldaten und Bauern, der wieder die bolschewistische Forderungen mitteilt und zum Schluss sagt: „Die Parteilänger Kornilows, Kerenski, Kaledin und anderer verurteilen Truppen nach Petersburg kommen zu lassen. Einige Abteilungen, die sich durch Kerenski hatten täuschen lassen, sind bereit auf die Seite des in Erhebung befindlichen Volkes überzutreten. Soldaten! Setzt tatkräftigen Widerstand Kerenski, diesen Parteilänger Kornilows, entgegen! Eisenbahner! Halte die Streikkräfte an, die Kerenski gegen Petersburg schickt!“

Dieser Aufruf wurde mit allen gegen zwei Stimmen bei zwölf Stimmen Entfaltung angenommen.

# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

## Erneute Differenzen in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.

Bereits vor einiger Zeit mußten wir mitteilen, daß in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken eine erhebliche Beunruhigung der Arbeiter dadurch eingetreten war, daß die Firma von den bestehenden Akkordpreisen zum Teil recht erhebliche Abzüge machte. Diese Abzüge wurden dann von der Direktion wieder zurückgenommen, nachdem die zulaufende Organisation, der Deutsche Metallarbeiterverband, eingegriffen und Befehle bei der Kriegsamtsstelle in den Waffen erhoben hatte.

Kümmert hat die Direktion ein anderes Mittel ausfindig gemacht, um ihr Ziel zu erreichen. Sie läßt die Arbeiten, die bisher von Männern gemacht worden sind, soweit irgend angingig durch Arbeiterinnen ausführen und gibt den Arbeiterinnen einen Preis, bei dem sie mit dem besten Willen den im Betrieb üblichen Verdienst nicht erzielen können. Während es bisher in dem Betrieb üblich war, daß die Arbeiterinnen zwei Drittel des Preises erhielten, den vorher die Männer bekamen, legt die Firma jetzt die Preise erheblich herab. Dafür einige Beispiele: Bei einer Arbeit betrug der Männerpreis 75 M. für 100 Stück. Die Arbeiterinnen sollen die Arbeit für 40 M. machen. Bei einer anderen Arbeit haben die Männer 80 M. erhalten, die Arbeiterinnen sollen nur 40 M. erhalten. Bei einer weiteren Arbeit betrug der Männerpreis 54 M., die Arbeiterinnen sollen nur 28 M. bekommen. Oder der Männerpreis betrug 84,50 M., die Arbeiterinnen sollen nur 10 M. bekommen. Diese Preise sind alle so festgesetzt, daß die Arbeiterinnen nicht in der Lage sind, auch nur einigermaßen ihr Geld zu verdienen. Allen diesen Preiserminderungen wird aber die Krone auf-

gelegt durch eine Arbeit für die die Männer 41,50 M. bekamen, während die Frauen nur 12 M. erhalten sollen. Oder noch in einem anderen Fall, wo die Männer 21,50 M., die Frauen nur 9,50 M. erhalten sollen.

Diese Art und Weise hat bereits zu einer allgemeinen Beunruhigung sämtlicher im Werk Beschäftigter geführt, und es ist zu befürchten, daß, wenn die Direktion nicht von ihrem Vorhaben zurücktritt, erneute Störungen in den Werken entstehen. Hinzu kommt noch, daß die Direktion einem Teil der Scharfschleifer, die bisher 17 1/2 Proz. Feuerungsanlage erhalten haben, einfach diese Zulage, die sie bereits seit Januar bekamen, auf 10 Proz. herabgesetzt hat.

Der Arbeiterausschuss ist beauftragt worden, die Direktion noch einmal auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die in dieser recht einseitigen Festsetzung der Akkordpreise liegt. Es wäre doch wirklich an der Zeit, daß die in Frage kommende Behörde endlich einmal die Direktion dieses Werkes darauf aufmerksam macht, daß diese fortgesetzte Beunruhigung der Arbeiter weder im Interesse der ozeanwärtigen Kriegswirtschaft liegt, noch sich mit den gegenwärtigen Zuständen der Volkswirtschaft irgendwie in Einklang bringen läßt.

## Zur Lage der Lokomotivführer-Anwärter.

Unter sämtlichen Beamten gibt es keine Gruppe, die so schwer arbeiten muß, als diejenige der Lokomotivführer-Anwärter. Ist schätzten Stunden und noch mehr täglich kommen diese Männer nicht von der Lokomotive, auf der ihnen das, die Körperkräfte aufs höchste in Anspruch nehmende Heizen des Dampfessels obliegt. Es handelt sich dabei um ungefähr sechzig bis neunzig und noch mehr Rentner Kohle, die tagaus tagein auf der fahrenden Maschine Kleinrentnerlagen und vom Tender in den Feuer- raum geschöpft werden müssen.

Die, eine nicht geringe geistige Tätigkeit erfordernde Instandhaltung der Maschine, das rechtzeitige Dehlen der vielen Lager und das Beobachten der Bahnzeichen, sind Arbeiten, die den Lokomotivführer-Anwärtern außerdem obliegen. Würden diese Männer schon im Frieden im Vergleich zu ihren Leistungen sehr unzureichend entlohnt, so ist die Bezahlung im Kriege durch die Teuerung aller Lebensbedürfnisse noch wesentlich verschlechtert worden, während sich die Arbeitslast durch Ausdehnung des Dienstes und durch die Verschlechterung der Kohle und des Oeles wesentlich gesteigert hat.

Hierdurch sind diese Beamten in eine ganz außerordentlich schwere Notlage geraten, deren Abhilfe im Hinblick auf die Wichtigkeit ihres Dienstes für den Eisenbahnbetrieb und damit für das Vaterland dringend geboten erscheint. Da alle Vorstellungen bei der Behörde nicht den entsprechenden Erfolg gezeitigt haben, kam es am 7. November 1917 zu einer Versammlung der Berliner Anwärter, in der nach langen, sehr erregten Auseinandersetzungen eine Entschickung zur Annahme gelangte, in der vom Verband der Lokomotivführer Schritte zur Herbeiführung besserer Lohnverhältnisse für die Anwärter gefordert wird. Insbesondere wird eine schnellere Beförderung verlangt, womit eine Steigerung der Lohnhöhe verknüpft ist. Die für sich erfolgte Erhöhung der Nebenbezüge sei ungenügend; diese seien vielmehr geeignet, zu übermäßiger Dienstleistung zu verleiten, wodurch nicht selten schwere Eisenbahnunfälle herbeigeführt werden könnten. Beschlossen wurde, eine Deputation an den Eisenbahnminister abzuordnen, um die Wünsche der Anwärter an dieser Stelle vorzutragen.

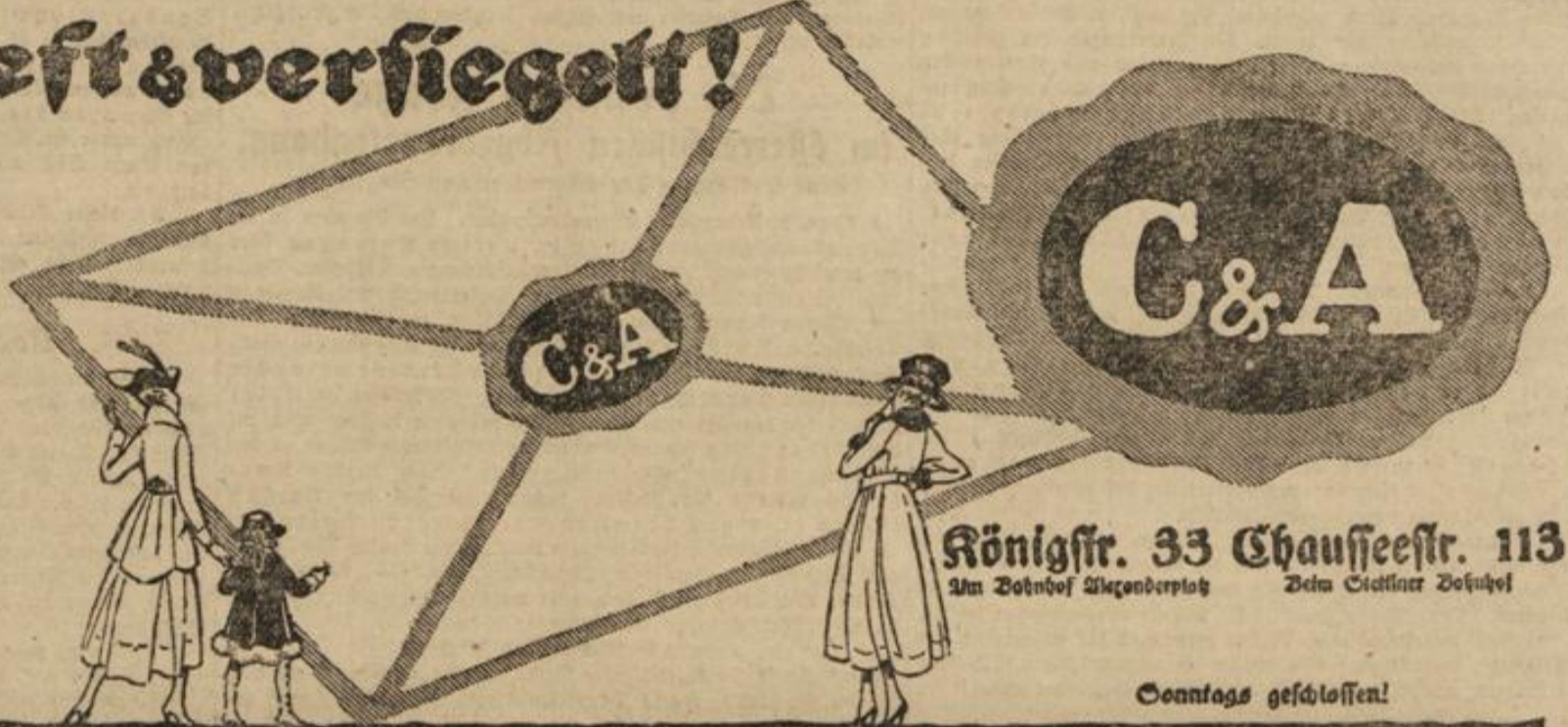
Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den Adreßteil des Blattes: Alfred Scholz, Reutbahn für Anzeigen: Th. Gieseler, Berlin. Druck u. Verlag: Verlags- u. Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Carl Singer & Co., Berlin SW.

# Verbrieft & versiegelt!

Es ist eine feststehende und bekannte Tatsache, daß Sie, wenn es sich um

## Damenkleidung

handelt, bei uns so vorteilhaft bedient werden, wie Sie es bei den heutigen Verhältnissen überhaupt erwarten können.



Rönigstr. 33 Chausseest. 113  
Am Bahnhof Alexanderplatz Dela Cieliner Hof

Sonntags geschlossen!

## B.FEDER

NORDEN: Brunnen-Strasse 1  
SÜDEN: Kottbuser Damm 103  
OSTEN: Frankfurter Allee 350  
WESTEN: Charlottenbg. 350

empfehlen gegen bar und auf Kredit  
Ze ausnehmaren Bedingungen:  
Fertige

## Damen-Kleidung

Jacken-Kleider, Mantel-Kleider,  
Ulster mit und ohne Pelzbesatz,  
Plüsch-, Samt- und Astrachan-Mäntel,  
Seidankleider, Kostümröcke, Blusen,  
Kinder- und Backfisch-Kleidung.

## Pelzkragen und Pelzmuffen

in Skunks, alle Arten Füchse, Marder, Iltis

Damenhüte, Pelzhüte, neueste Form  
Fertige Herren-Kleidung

Burschen-, Jünglings Anzüge

Sonntag von 12-2 Uhr

Gegründet 1892

## Monatsgarderobenhaus

H. Türkischer, Princesstr. 79, nahe Moritzpl.  
Empfehle nur aus Friedenskosten gefertigte  
elegante neue Herren-Garderobe,  
Ulster, Paletots, Jacketts, Rock, Sport-Anzüge.  
Große Auswahl auch für dicke Figuren. 6872\*

## Kabarett Tivoli

Bunte Vorträge  
Spielplan vom 1. bis 15. November:  
Mizzi Bardy, Jutte Krehn,  
Walter Bährmann, Karl Braun,  
Elsa Para, Willy Lillie, Werner Bing  
Täglich 2 Kapellen

Anfang wochent. 7 1/2, Sonntag nachm. 4 Uhr.  
Kottbuser Damm 95 Moritzpl. 14553



## Der Freischütz

Große romantische Oper in 3 Akten von Carl Maria von Weber.

Aufführung mit allerersten Opernkritiken, worunter Opernkönig **Mansfeld.**

Von Freitag, den 9. bis Montag, den 12. November im  
**K u k u k**

Lichtspielhaus, Kottbuser Damm 92.

Von Dienstag, den 13. bis Donnerstag, den 15. November im  
**Excelsior**

Lichtspielhaus, Bergstr. 151-52.

Täglich 2 Aufführungen (5 1/2 u. 8 Uhr). Sonntags 3 Aufführungen (3, 5 1/2, u. 8 Uhr).

Von Freitag, den 9. bis Montag, den 12. November im  
**Excelsior Lichtspielhaus**

Von Dienstag, den 13. bis Donnerstag, den 15. November im  
**Stern u. Lichtspielhaus D. W.**

**Seine kokette Frau.** Lustspiel in 4 Akten.  
In der Hauptrolle: Hedda Vernon.

**Die Eroberung der Insel Oesel.**  
Militärisch sinnliche Aufnahme der grandiosen kriegerischen Maßnahmen auf dem Meere.  
(Im Excelsior außer Sonntags).

**Maria Widal in „Die neue Dalila“.** Variété-Tragödie in 4 Akten

Von Freitag, den 9. bis Montag, den 12. November im  
**Stern u. Lichtspielhaus D. W.**

Von Dienstag, den 13. bis Donnerstag, den 15. November im  
**Kukuk Lichtspielhaus**

**Lebenswogen** Schauspiel in 5 Akten. In der Hauptrolle:  
Liane Haid u. Wilhelm Kiltch.  
Hervorragender Wiener Kunsfilm.

**Hans Mierendorf in „Das Geheimnis der Pagode“.**  
Ein eigenartiges Erlebnis des berühmten Harry Higgs.

## Bezugsquellen-Vorzugsliste Berlin-Norden

- Drogen, Farben  
Benzkonditor  
Fleisch- u. Wurstw.  
Gutschmanns Centr.  
Kolonialwaren  
M. Saagebarth  
Möbelmagazin  
Wiese & Co.

## Bezugsquellen-Vorzugsliste Berlin-Osten

- Butter, Eier, Käse  
P. H. Ackermann, 8 Filialen  
Wohlfühlung  
Photograph. Ateliers  
Warenhäuser

## Spezialarzt

Dr. med. Coleman  
Geschlechtskrankh., Haut-,  
Harn-, Frauenleiden, nervöse,  
Schwäche, Seinkrankh.,  
Ehrlich-Haas-Kuren  
(Dauer 12 Tage). Behandl.  
schnell, sicher, schmerzlos  
ohne Berufsstörung  
in Dr. Homeyer & Co.  
konz. Labor. f. Blutunters.,  
Fäden im Haru usw.  
Friedrichstr. 81, gegenüb.  
Königstr. 56/57, Rathaus,  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.  
Honorar mäßig, a. Teilzahl.  
Separats Damenzimmer.  
Waisparzelle am Bgl. Bahnhof,  
D. R. 10 29, Hng. 50 29, verläuft  
Hälsen, Sieglitz, Bismarckstr. 11.

## Fabrik und Lager

fertig. Pelzwaren  
jeder Art, von den ein-  
fachsten bis zu den  
eleganteren. Tausende  
Stücken auf Lager. Auch  
Einzelverkauf zu bil-  
ligen Preisen. Garantiert  
strong reale Ware  
Sonntags geöffnet.  
Ferdinand Kalmann  
Kürschnermeister  
narkommandantenstr. 15, 1.E  
Kein Laden. Gegenüber  
Beuthstr. Tel.: Zentr. 287.  
Gegr. 1894